

# Deutsche Arbeiter-Zeitung

Preis: In der Regel mit Ausnahm.  
wöchentlich 0,50 M., in  
Durch die Post bezogen monatlich 5.  
Kaufpreis: Die gebundene  
Numm. 12 M., Vereins- und Verammlungs-  
preis: Die dreifache Willemerzelle, deren Numm. im Wert  
70 M. - Schluss der Inkassobehaltung in der Haupt-Exposition  
8 Uhr: in der Inkassobehaltung am Tage vorher 18. März 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptvertrieb: Breslau 15, Kerschener Straße 60, Telefon  
4719. Vertriebsstellen: Breslau 144, Rebellstr. 1, Breslau,  
Kerschener Straße 60, Telefon Ring 8837. Geschäftsstelle der Redaktion:  
von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. - 11111,  
Grenzstr. 10, Breslau. - 11111, Wilhelmstraße 25, Telefon 1005,  
11111, Gumb. & Leobow 2384, Geschäftsstelle: von 8-10 Uhr, Geschäfts-  
raum am Hauptverlag Breslau. - Verlag: Schell, Verlagsbuchhandlung  
u. S. G., Breslau. - Druck: „Neubau“ Berlin, Pfl. Breslau, Kerschener Str. 60.

## Hände weg von Sowjet-Rußland!

### Deutschlands Schwertung in die englische Front

Die Gehe der bürgerlichen Presse der letzten Tage gegen die Sowjetunion überschlägt sich. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie und mit ihm seine Brotpolitikler „billigt“ und „hältlos“ die Erklärung Stresemanns gegenüber dem russischen Botschafter Kreskinski. Wie 1914, so erklärt auch jetzt die Sozialdemokratie, daß sie das Vaterland der großindustriellen Betrüger und Saboteure nicht im Stich lasse. Die deutschnational-börsliche „Deutsche Zeitung“ fordert offen den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion nach englischem Muster.

Nach englischem Muster! Das ist das Stichwort, das die gegenwärtige Situation erklärt!

Die deutsche Bourgeoisie braucht einen Anlaß, um offen in die englische Vorkriegsfront überzugehen. Sie braucht einen „guten scharfen Grund“, um zu verschleiern, daß sie als Sturmboot gegen die sozialistische Wirtschaft und ihr Außenhandelsmonopol dienen will. Sie braucht — in getreuer Nachahmung des englischen Beispiels — eine antibolschewistische Wahlparole gegen die Arbeiterschaft. Wie drüben die Macdonalds, so sind hier die Weis-Stampfer und Konforten bereit, ihr dabei Helferdienste zu leisten.

Die gleichzeitig einsetzende verstärkte internationale Gehe, die soeben gemeldete Verhaftung eines Sowjetkuriers auf der Fahrt nach Oesterreich, all das signalisiert eine ernste Gefahr.

#### Heraus zum Protest!

Als vor Monaten der englisch-russische Konflikt begann, erklärten die heuchlerischen deutschen Politiker, Deutschland werde selbstverständlich „neutral“ bleiben. Jetzt zeigt es sich, daß es ein großer Betrug war. Der für einen proletarischen Staat selbstverständliche Akt der Rotwehr gegen kapitalistische Sabotage ist nur der billige Katalysator für die Stresemänner, ihre Versprechungen gegenüber Chamberlain zu erfüllen.

Zu machtvollen Protesten wird auch die schlesische und ober-schlesische Arbeiterschaft den Boykott- und Interventionstreibern in Berlin zu zeigen haben, daß noch immer der alte Ruf lebendig ist: „Hände weg von Sowjetrußland!“

### Dienstag Eisenbahnschlichtungs- verhandlungen

Berlin, 17. März. (Fig. Drahtber.) Die Schlichtungsverhandlungen zwischen den Eisenbahngewerkschaften und der Reichsbahn werden am kommenden Dienstag beginnen. Die Funktionäre der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes beschloßen einstimmig, den Hauptvorstand aufzufordern, sofort alle Maßnahmen zu treffen, um den von einem vorüberlich gewordenen und hartnäckigen Gegner auf-

gezwungenen Kampf siegreich zu bestehen. Ähnliche Beschlüsse sind auch in mehreren Ortsgruppen des Reiches gefaßt worden.

### Verbindlichkeitsklärung des Buchdruckerstreiks gefordert

Berlin, 17. März. Der Schiedspruch im Lohnstreit des Buchdruckergewerbes ist von den Unternehmern angenommen worden, die auch die Verbindlichkeitsklärung beantragt haben. Die Verhandlungen darüber finden Anfang nächster Woche statt. Die Buchdrucker müssen die durch die beantragte Verbindlichkeitsklärung entstehende Gefahr sehen und mit dem sofortigen Kampfbeginn antworten.

### Vom Tage

Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Kommunisten, insbesondere auch der Antrag auf Beseitigung des Reichspostfinanzgesetzes sowie der Misstrauensantrag gegen Reichspostminister Schäbel und ebenso alle Entschlüssen mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten im Reichstag abgelehnt.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde gestern der Bericht des Unterausschusses über die Auswirkungen der Amnestie auf Grund des kommunistischen Antrages entgegengenommen; die Beratung über den Begriff „politische Verbrechen“ wurden auf heute Sonnabend vertagt.

Der Reichsrat tritt heute zusammen, um u. a. die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt zu beraten.

Für die Berliner Brauindustrie ist ein Schiedspruch gefaßt worden, der eine Zulage von drei Mark wöchentlich vorseht.

Die Verhandlungen über den am 31. März ablaufenden Reichstaxitarif der Bankangestellten sind gescheitert.

Bei der Beratung der kommunistischen Anträge, die Abschaffung der Gehe „zur Bekämpfung der monarchistischen Bewegung“, ferner Freilassung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten verlangte, stellte Poincaré wieder mal die Vertrauensfrage.

Amannlich beabsichtigt, auf seine Englandreise zu verzichten und nach Kabul zurückzukehren. Die Ursache hierzu wird in einem aufgedeckten Komplott, das sich gegen Amanullahs Herrschaft richtet, erblickt.

Staatssekretär Kellogg hat der Regierung den Abschluß eines Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrages mit Japan vorgeschlagen.

### 1848 — 1918 — 1928

Von Paul Frölich.

Vor ein paar Monaten sind in Preußen die Gutsbezirke, die letzten Zeugen der feudalen Herrschaft des Grundbesitzes über den feilgeigen Bauern, jang- und langlos beseitigt worden. Aber das Mittelalter ist darum in Deutschland noch nicht ausgelöscht. Die deutsche Landkarte ist noch heute bunt wie ein Karrenkittel, besetzt mit Dugenden von Fezzen, lächerlichen Erinnerungen an jene Zeit, als sich Fürsten, Ritter und Pfaffen um ein paar Quadratmetern Landbest schlugen und Land und Menschen verschachteten und vererbten. Die Schaffung nationaler Einheit war in allen modernen Staaten das erste Ziel und der erste Erfolg im Klassenkampf des Bürgertums. In Deutschland aber muß jetzt noch vom Bürgertum die nationale Einheit als höchstes politisches Ziel aufgestellt werden. Und für diese nationale Einheit zerbrechen sich die bürgerlichen Parteien und ihre getreuen Sozialdemokraten vergeblich den Kopf. Vergeblich, denn auch diese Aufgabe kann erst von einer neuen, von der proletarischen Revolution gelöst werden.

So stehen wir fast drei Jahrhunderte nach der englischen, hundertvierzig Jahre nach der französischen Revolution! So stehen wir, nachdem uns vor etwa hundertzwanzig Jahren Napoleon einen ganzen Haufen mittelalterlichen Gerümpels weggeführt hat und nachdem im Verlauf von achtzig Jahren zwei Revolutionen über Deutschland hinweggebraust sind! Das Besezzen der feudalen Gutsbezirke bis in das Jahr 1928 und des Kleinstaatensammeres noch über den heutigen Tag hinaus, die Tragikodie der sogenannten Fürstenabsündung und tausenderlei andere müßige Tatsachen zeigen, was die deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 gewesen sind.

Deutschland hat immer nur an den Niederlagen, niemals an den Siegen der Revolutionen anderer Völker teilgenommen, so stellte März schon im Jahre 1848 fest. Wir befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit — am Tage ihrer Beerbtigung. Seitdem ist dies erst recht bestätigt worden. Und dies ist die Tatsache, aus der oftmals der Schluß gezogen wird, die Deutschen überhaupt und die deutsche Arbeiterklasse besonders seien zur Revolution unfähig, sie seien zur Knechtschaft geboren und zur Knechtseligkeit seit Jahrhunderten erzogen. Man müsse deshalb alle Hoffnungen auf dieses Volk fahren lassen. Ist diese pessimistische Auffassung berechtigt? Sollen wir die Fikhte ins Korn werfen und anderen den Kampfplatz überlassen? Mit nichten! Das Schicksal der deutschen Revolutionen, immer nur einen halben Sieg zu erlangen und darauf eine ganze Niederlage zu erdulden, war bestimmt durch objektive Ursachen, die sich genau feststellen lassen und die nicht ewig sind. Und diese Ursachen aufzudecken, ist eine Notwendigkeit, die immer von neuem heißend an uns herantritt. Aus ihrer Erkenntnis ergeben sich die wichtigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, ergibt sich die Gewißheit unseres Sieges.

Wie kam es, daß die bürgerliche Revolution von 1848 nach dem ersten Barricadensturm am 18. März nur Niederlagen erlitt, bis sie unter den Festungswällen von Kaschau standrechtlich gemordet wurde? Wie konnte dies möglich sein, ein halbes Jahrhundert nach dem gewaltigen Sieg des französischen Bürgertums in der großen Revolution? Waren 1848 die gesellschaftlichen Zustände weniger reif für die Herrschaft des Bürgertums, als 1789 in Frankreich? War das deutsche Bürgertum schwächer als das französische damals? Im Gegenteil! In diesem halben Jahrhundert seit der französischen Revolution hatte die Industriallisierung Europas verhältnismäßig große Fortschritte gemacht. Das deutsche Bürgertum war eine viel stärkere gesellschaftliche Macht als das französische zur Zeit seines großen Kampfes. Der Feudalismus hatte auf dem Festlande durch den Sieg der Revolution in Frankreich und unmittelbar durch die Revolutionsheere entscheidende Schläge erhalten. Die Aufgabe, die die Revolution in Deutschland 1848 zu erfüllen hatte, war wesentlich leichter, und viel stärkere Kräfte fanden der Revolution zur Verfügung. Aber gerade deshalb konnte die Revolution in Deutschland nicht siegen. So absurd das klingt, so begreiflich wird es, wenn wir daran denken, daß sich mit dem Bürgertum auch das Proletariat entwickelt. Solange die Arbeiterklasse sich darauf beschränkt, die Schlägen der Bourgeoisie zu schlagen, ist diese revolutionär. Sobald die Arbeiterklasse mit eigenen Forderungen auftritt, bereit ist, für ihre eigenen Ziele zu kämpfen, läßt die Bourgeoisie ihre eigene Sache im Stich. Schon in der großen französischen Revolution hatten die Industriellen und Großkaufleute gezeigt, daß ihre Furcht vor dem Proletariat stets größer ist, als ihr Haß gegen die alten Rechte. So das Proletariat noch durchaus mit dem Kleinbürgertum zusammenhängt, setzten jene Schichten der großen Bourgeoisie der Revolution kaum Widerstand entgegen, selbst in der Zeit des Vorkampfes gegen die kapitalistische Spekulation. In den Industrieland und Handelszentren aber, wo der Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse bereits ausgebrochen war — so in Lyon, Toulouse, Marseille — fand die Bourgeoisie offen auf dem Boden

## Münch...

März — das schreit nach Barricade,  
Wirbel in dem Schicksalsrade ...  
Voll, es kündigt dir die Ruine:  
März ist Freiheit, ist Kommune —  
Unser Blut rebellisch glüht:  
Reuna ... Ruhrgebiet ... !!

Für uns Karben die Proleten,  
Für uns bluteten Matrosen ...  
Soll uns Scham die Stirne röten —?  
Lacht den Märzsturm in uns tosen!  
Schwur den toten Brüdern gilt:  
Schottländer ... und Sütt.

Ballt die Faust! Der März heißt Laten,  
Roten Erdenglücks Soldaten ...!  
Endet der Bedrückten Jammer!  
Leuchte, Stern mit Sichel-Hammer!  
Ja uns jubelt rotes Herz:  
Es kommt unser März!!

Erich Muschalla.



Marseille — fand die Bourgeoisie offen auf dem Boden



Sinn der Konterrevolution. Die sie bewachten Verrat zugunsten der Landesherren England. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte das Proletariat die ersten Schritte zur eigenen Organisation. In England entstanden die Gewerkschaften und die große revolutionäre Partei der Chartisten. In Frankreich bildete sich die Geheimorganisation der Blanquisten, die bereits die Lösung der Diktatur des Proletariats aufstellte. Und ganz Europa stand unmittelbar vor 1848 unter dem Alpdruck des Kommunismus.

Die Revolution von 1848, und das entschied ihre ganze Entwicklung in Europa, brach in Paris aus, als Revolution der Arbeiterklasse. Das diese Arbeiterrevolution auch noch unklar in ihren Zielen wie in ihren Kampfmethoden, so war sie doch schon klar genug, um das Bürgertum zu zwingen, Arbeiter in die provisorische Regierung aufzunehmen. Dieser erste Ausdruck des Willens zur Macht in der Arbeiterklasse jagte der ganzen europäischen Bourgeoisie einen gewaltigen Schrecken ein. Überall strengte sie ihre Wien und Berlin des deutschen Bürgertum die Macht auf den Barrikaden erobert hatten, da nahm dieses die Macht an, voller Angst und erschüttert nur von einem Willen, der Entwicklung der Revolution schleunigt einen Damm zu legen und den gefährlichen Verbündeten zu entwässern und niederzumerken. Es ist schon richtig, daß das deutsche Bürgertum in der Enge des deutschen Frühprinzels, von seinen Angehörigen gehubelt und gebüttelt, in Untertanen-treue erstarrte, verstopft und verpießert war. Aber nur die Angst vor der Arbeiterklasse verhinderte, daß es sich von den Wogen der Revolution über sich selbst hinaustrug, wie sonst eine revolutionäre Klasse. Das auch ist der Grund, warum die Vertreter des deutschen Bürgertums in Frankfurt schwächten und in Berlin mit dem kaiserlichen Willens eine Verfassung „vereinharen“ wollten, tatlos den Rüstungen und dem Wurm der Konterrevolution zuschauen, bei jeder Regung der Volksmassen an die alten Mächte appellierten und den Gedanken an die eigene Macht wie den teuflischen Versuch von sich abzuweisen. Die Arbeiterklasse war in Deutschland noch zu schwach, um auf eigenen Füßen zu stehen oder gar die Führung im Kampfe zu übernehmen. Wie sie am 18. März für das Bürgertum auf die Schanzen gestiegen war, so konnte sie jetzt nur die Niederlage der Revolution mit ihrem Blut besiegeln.

In vielen einzelnen Zügen gleicht die Revolution von 1818 der von 1848: Der Staatsapparat wurde in den Händen der alten Bürokratie gefasst; die alte Justiz, ein Klassenmonopol der Bourgeoisie, blieb bestehen; die Armee blieb in den Händen der Junker und Kriegsverbrecher; die lächerliche Vereinbarungstheorie von 1848 lebte auf in der Sozialisierungs-Kommission, in der das Großkapital das entscheidende Wort sprach; die schnelle Zerkünder der Nationalpositionen, die sich die revolutionäre Klasse erobert hatte; die Aktivität der Regierung allein in konterrevolutionären Sinne. Aber diese Übereinstimmung erstreckt sich nur auf die Formen und Mittel, nicht auf das Wesen. 1818 war die revolutionäre Klasse das Proletariat. Es hat seine Fühler nur vor seinen Häupten, nicht im Rücken. Vor der Eroberung seiner eigenen Macht braucht ihm nicht zu bangen, denn keine Klasse steht unter ihm, die über das Ziel des Proletariats hinausstreben konnte. Die politische Schwäche der deutschen Arbeiterklasse hatte ihre Wurzel in ihrer Anerschuldung, in der Verleugrung der eigenen Ziele, die am Anfang jeder Revolution steht, in der Ueberbeschäftigung der auf den ersten Schlag errungenen Erfolge und vor allem in der Führung der Klasse. Die Sozialdemokratische Partei! Sie war ein halbes Jahrhundert lang tatsächlich die Führerin der deutschen Arbeiterklasse gewesen und hatte versprochen, das deutsche Proletariat zum Siege zu führen. Aber nach dem Fall des Sozialistengesetzes ohne den Druck, unter dem allein eine Partei ihren revolutionären Charakter ausbilden kann, groß geworden in einer Periode, in welcher der unmittelbare Kampf sich nur Reformen zum Ziele setzen konnte, von reformistischen Theorien zerrissen, erprobte allein in Wahlschlügen, konnte diese Partei den Aufgaben der Revolution nicht gewachsen sein. Wie für eine Klasse die Haltung der führenden Partei entscheidend ist, so ist für eine Partei die Haltung der führenden Organe entscheidend. An der Spitze der Sozialdemokratie, den ganzen Parteiparat beherrschend, standen Leute, die tatsächlich mit der proletarischen Klasse und ihren Zielen gebrochen hatten und bewußte Vorkämpfer der Gegenrevolution waren. Es war in der kritischen Stunde erklärt, er hoffe die Revolution wie die Sünde. Er hatte alles versucht, um die Revolution zu verhindern. Er schloß im Augenblick des ersten Sieges der Revolution das Bündnis mit den militarischen Machthabern zur Niederschlagung des Proletariats. Seine Clique hat entschlossen und tatkräftig, unter Anwendung aller Mittel des Betrugs und der

Demagogie und unter Ausnutzung aller reaktionären Mächte dieses eine Ziel verfolgt. Daß sie es erreichen konnte, daran trug die Schuld die kleinbürgerliche Schwäche der unteren Parteiglieder, die in der Parteiroutine verkommen, durch die Kriegspolitik ihrer Partei korrumpiert und jedes Pathos beraubt waren, und die nun in Klemmen und Wänden nichts anderes konnten, als den Knecht spielen, der zum Verraten geworden ist. Wohl war in der Kriegszeit die alte Sozialdemokratie zusammengeschwunden. Aber sie hatte noch den alten unter Verabschiedung erworbenen Kredit bei den Millionen, die über Jahre lang in den Schützengräben gelegen hatten und sich in den Klagen des Arbeiterkampfes nicht zu rechtfertigen konnten. Die U.S.W. war in den letzten Jahren des Krieges groß geworden. Aber nicht der revolutionäre Wille, sondern passivistische Schwäche, Unentschlossenheit, Angst vor der politischen Verantwortung beherrschte die Führung dieser Partei. Sie wurde zum Mittel und zu einem Verrat an der Revolution. Unter Ausnutzung aller Unklarheiten und Schwankungen in der Arbeiterklasse hat die eine dieser beiden Parteien den Kampf gegen die Re-

## Das A.B.D.-Misstrauensvotum gegen die Preussische Regierung abgelehnt

### Die Reichsparteien üben Stimmenthaltung

In der Landtagsitzung am Donnerstag kam es zur Abstimmung über das kommunistische Misstrauensvotum gegen die Braunregierung. Vorher wurde der auf Grund der neuen Besoldungsordnung notwendig gewordene Stellenplan für 1927 behandelt.

Für die kommunistische Fraktion führte Genosse Kasper aus: Die sehr zahlreichen Eingaben, die insbesondere von Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen zur Beratung des Stellenplanes vorliegen, sind ein Beweis dafür, daß die reaktionären Bestimmungen des im Dezember 1927 verabschiedeten neuen Besoldungsgesetzes sich bereits in der Praxis auswirken beginnen.

In Konsequenz unserer ablehnenden Haltung zur reaktionären Besoldungsordnung werden wir diesen Stellenplan ebenfalls ablehnen. Wir sind überzeugt, daß die Beamten der unteren und mittleren Gruppen das ihnen durch die Mehrheit des Landtags zugesagte Unrecht nicht vergessen, sondern bei den kommenden Wahlen den Parteien, die ihnen diese Besoldungsordnung aufgedrungen, und die die Verantwortung dafür zu tragen haben, die richtige Antwort geben werden, indem sie der kommunistischen Partei ihre Stimmen geben!

In der nun folgenden Abstimmung über die angefochtenen Titel des Haushalts der Handel- und Gewerbeverwaltung wurden u. a. die Anträge des Hauptauschusses auf Erhöhung der Anstandsentschädigung für die Minister und Staatssekretäre mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei der Abstimmung über den Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten kommt dann auch der kommunistische Misstrauensantrag gegen das Staatsministerium mit zur Abstimmung. An der Abstimmung, die namentlich war, beteiligten sich die Reichsparteien nicht. Die Wirtschaftliche Vereinigung gab Enthaltungskarten ab. Für das Misstrauensvotum stimmten nur die 36 die Kommunisten. Das Misstrauensvotum wurde mit 36 gegen 185 und 13 Enthaltungen abgelehnt. Die reaktionäre Preussische Regierung hat also von etwas mehr als einem Drittel der Landtagsabgeordneten noch einmal das „Vertrauen“ ausgesprochen erhalten. Ganz wie diese Freude nicht mehr dauern. Die arbeitenden Massen werden bei den kommenden Wahlen der preussischen Koalitionregierung die Rechnung für ihre arbeit- und volksfeindlichen Handlungen quittieren!

## Zwei schwere Unfälle im ober-schlesischen Kohlenrevier

III. Hindenburg, 16. März. — Heute ereigneten sich im ober-schlesischen Kohlenrevier zwei schwere Unfälle, denen vier Bergleute am Opfer fielen. Durch herabfallende Kohlenmassen kamen auf dem Georgschacht in Jabrze zwei Männer und auf der Ludwigsglück-Grube bei Hindenburg ein Oberhauer und ein Hauer ums Leben.

## Waffenunde bei Harburg

III. Berlin, 17. März. — Berliner Morgenblätter geben eine Meldung des „Hamburger Echo“ wieder, wonach die Polizei bei Hausdurchsuchungen in Harburg eine größere Menge Waffen und Munition, darunter zehn Maschinengewehre und Handgranaten beschlagnahmt.

volution aktiv geführt, die andere das Proletariat vertritt und entwertet, und es damit seinen Feinden überliefert. Hier ist die Ursache für die Niederlage der November-Revolution, jener Revolution, die berufen war, das Proletariat zum Siege zu führen und statt dessen der Bourgeoisie die Herrschaft in die Hand spielte.

In dieser entscheidenden Woche hat allein der Spartakusbund dem Proletariat und der Revolution gelebt. Er war entstanden unter dem furchtbaren Druck der Kriegsdiktatur. Die Aufgaben zu seiner Organisation waren wieder und wieder geschlagen worden, seine Vorkämpfer in den Zuchthäusern begraben, seine Anhänger in die Schützengräben geworfen. Nie entmutigt, unter den größten Gefahren hat er seine revolutionäre Arbeit immer von neuem und mit wachsendem Erfolg aufgenommen. Aber doch gelang es ihm nur, eine Elite der Arbeiterklasse fest an sich zu binden, und als er zum ersten Male die notwendige Bewegungsfreiheit erhielt, da mußte er seine Organisation zur Partei durchführen, während er auf den Barrikaden saß. So blieb ihm in jener Periode von 1918-1919, als die erste Entschädigung fiel, nur die Aufgabe, die Ehre der Arbeiterklasse zu retten durch ein Verdienst, das in der Geschichte nur einmal übertrifft worden ist: durch das Heldentum des russischen Proletariats im Bürgerkrieg.

Wo stehen wir nun, achtzig Jahre nach der Barrikadenklacht in Berlin, zehn Jahre nach der ersten Bürgerkriegsperiode in der deutschen proletarischen Revolution? Ist diese Revolution zu Ende, wie die bürgerliche Revolution 1849 unter den Wägen von Kaschau erlag? Nein!

Die alte Herrschaft, der hohenzollernische Halbabsolutismus, die Beherrschung des Staatsapparats durch die Junkerkaste, diese ganze müßige Reaktion konnte sich noch fehzig Jahre nach dem Aufkommen von 1848 halten, nicht nur wegen der Feigheit und Schwäche des Bürgertums, sondern weil dieses Junkertum, eben um seine Macht zu halten, dem Bürgertum Konzession auf Konzession machte, weil es den Büttel gegen den Todsand der Bourgeoisie, gegen die Arbeiterklasse, spielte, weil es der Kapitalistenklasse die Möglichkeit zur gewaltigsten Entwicklung ihres Reichtums und der Ausbeutung sicherstellte und ihre imperialistische Politik betrieb. Das hat das Bündnis zwischen den alten Mächten und der Bourgeoisie möglich gemacht und erhalten, bis es in einer Weltkatastrophe elend zusammenbrach.

Junkertum und Bourgeoisie konnten ihre Feindschaft überbrücken durch ein Bündnis. Zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie gibt es kein Bündnis, nur den Schein eines solchen Bündnisses, nur den Betrug, wie ihn die Koalitionspolitik darstellt, ein Betrug, der mit jeder neuen Probe an Wirksamkeit verliert. Die Bourgeoisie kann der Arbeiterklasse keine nennenswerten Konzessionen mehr machen, wie noch vor dem Weltkriege. Selbst in der gegenwärtigen ersten internationalen Hochkonjunktur nach dem Kriege ist der Kapitalismus nicht imstande, die Peere der Arbeitslosen aufzufangen, nicht imstande, auch nur für eine kurze Zeit die Sorge ums nackte Leben der Arbeiterklasse von der Stirn zu streichen. Die internationale Konkurrenz ist mörderischer als je vor dem Kriege. Jeder Tag saugt gebieter neue Konflikte zwischen den großen Konzernen und den von ihnen kommandierten Staaten. Seit dem Abschluß des Versailler Friedensvertrages ist in der Welt noch kein Tag Frieden gewesen, trotz der tönenben Reden auf den Völkerverbändenkongressen. Die Versuche zur Vergewaltigung der Völker werden immer energischer und brutaler. Aber immer glanzvoller auch wird die Empörung der ungezählten Millionen unterdrückter Völker, die den Weltbau des Kapitalismus erschüttert und sprengt. Und eine Festung proletarischer Macht steht gegen die kapitalistische Welt: Sowjetrußland!

Schlachten sind geschlagen worden, und das deutsche Proletariat hat sie verloren. Aber die Revolution ist nicht zu Ende. Aus dem Weltkriege haben wir gelernt, daß nicht Schlachten entscheiden, sondern nur der letzte Sieg. Und das letzte Gedicht steht noch vor uns und wird kommen. Daß wir dann die Stärkeren sind, dafür zu sorgen ist unsere Aufgabe. Daß Schlachten verloren gingen, war möglich, weil die Arbeiterklasse den Feind in den eigenen Reihen hatte. Hier heißt es anpacken. Der Feind muß ausgetrieben werden. Alle Klugheit, alle Umsicht, alle Rücksichtslosigkeit muß aufgegeben werden, um diese Voraussetzung des proletarischen Sieges zu schaffen. Wir müssen den betrügerischen Führern der Sozialdemokratie das Vertrauen der Arbeiterklasse entziehen. Wir müssen es tun vor allem, indem wir in vorbildlichem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse das Proletariat stärken und unzertrennlich mit unserer Partei verschmelzen.

Die Einheit der Arbeiterklasse unter unseren Fahnen, das ist der Sieg in dieser Revolution!

# LOURDES

Von EMILE ZOLA

151

In dieser Verkürzung fand Pierre weder sein Beinleid noch seine Entäre.

„Gewiß, gewiß gehe ich mit Ihnen, aber die letzte Leistung kann ich ihr nicht geben, ich habe das Mögliche nicht bei mir.“

Herr Bigeron half ihm beim Anziehen und lauerte sich an der Erde nieder, um die Pantoffeln zu suchen.

„Das tut nichts, schon Ihr Anblick wird ihr die schweren Augenlider erheitern, wenn Gott und diese Prüfung schickt. Es, mein Sie sich zuerst die Etzlein an, und folgen Sie mir, bitte, sofort.“

Wie ein Wirbelwind hob er davon und führte in das Neben-zimmer. Alle Türen waren weit offen geblieben. Der junge Priester, der ihm folgte, bemerkte in dem ersten Zimmer, das in unglaublicher Annäherung mit allem möglichen volldressiert war, nur der kleine Ornat, der halbnaht, mit ganz kleinem Gesicht inmitten dieses Dramas des brutalen Todes, vergessen und schnelappertad, unbeweglich auf dem Kanapee saß, auf dem er zu schlafen pflegte. Aus-gelerte Priester verperrten den Weg. Dutz- und Speierelke be-schanden den Tisch das Bett des Vaters und der Mutter schien von der Katastrophe gleichsam verwirrt, die Dedes waren heruntergerückt und auf die Erde geworfen worden. In demselben Augenblick bemerkte er auch in dem zweiten Zimmer die Mutter, die in der Gie-le ein altes gelbes Morgenkleid übergestoßen hatte und nun mit ent-setzter Miene da stand.

„Nun, meine Sieber“ wiederholte Herr Bigeron hatterab.

Dane zu antworten, zeigte Frau Bigeron mit einer Handbewegung auf Herrn Schae, die den Kopf auf das Kissen zurück-geworfen, die Hände verdrückt und heiß, sich nicht mehr rührte. Das Gesicht war blank, der Mund fand weit offen, wie in dem letzten, un-gewöhnlichen Atemzuge, der ihm entzückt war.

Pierre hatte sich vorgeneigt. Dann sagte er mit leiser Stimme: „Sie ist tot!“

Tot! Dieses Wort hallte in dem besser gehaltenen Zimmer, in dem ein dumpfes Schwelgen herrschte, wider. Befährt und erschüttert schüttelte ich die beiden Säulen an. Es war also zu Ende? Die Tante war tot? Einmal und der kleine ernte fünfshunderttausend Franken-

Wie oft hatten sie diesen Traum gehegt, dessen plötzliche Verwirklichung sie beschliffen. Wie oft hatte sie in der Befürchtung, der Kleine könne vor ihr sterben, die Verzweiflung erfaßt! Tot! Mein Gott, war dann das Ihre Schicksal? Hatten sie das wirklich von der heiligen Jungfrau erbeten? Sie zeigte sich ihnen gegenüber so gütig, daß sie zitterten, keinen Wunsch mehr auszusprechen zu können, ohne erhört zu werden. Schon in dem Ende des Bürochris, der so plötzlich dahingegangen worden war, um ihnen seine Stellung zu überlassen, hatte sie den so mächtigen Finger unserer lieben Frau von Lourdes erkannt. Und nun überhäufte sie sie von neuem mit Gnadenbeweisen und hörte sogar auf die unwiderstehlichen Träumereien ihrer Wünsche! Und doch hatten sie niemand den Tod gewünscht, sie waren brave Leute, einer schlechtesten Handlung unfähig, hatten ihre Familie recht lieb, beobachteten streng die religiösen Gebrauche, gingen zur Beichte, nahmen das heilige Abendmahl, wie alle Welt, ohne Aufhebens davon zu machen. Wenn sie an diese fünfshunderttausend Franken dachten, an ihren Sohn, der zuerst hätte sterben können, an den Kerger, den sie dann em-pfinden hätte, wenn sie einen anderen, unwider würdigen Menschen dieses Vermögens hätten erben sehen, so lag das alles nur im tiefsten Grunde ihres Herzens verborgen und war so schließliche so naive, so natürlich. Ganz hatten sie vor der Größe davon gedacht, aber befehl die heilige Jungfrau nicht die höchste Beichte, würde sie nicht, besser als wir selbst, was sie zum Glücke der Lebenden und Toten tun mußte!

Nun brach Frau Bigeron ganz aufrichtig in Schlußgen aus und bewachte ihre Schwelger, die sie anbetete.

„O, Herr Abbe, ich habe sie sterben sehen, unter meinen Augen ist sie verstorben. Welch ein Unglück, daß Sie nicht früher gekommen sind, um nach ihre Seele zu empfangen. Sie ist ohne Priester ge-storben, Ihre Anwesenheit hätte sie so gerettet.“

Die Sempster ebenfalls von Tränen bewegt und der Rührung nachgebend, tröstete Herr Bigeron seine Frau:

„Seine Schwelger war eine Heilige, sie hat noch gestern morgen das heilige Abendmahl empfangen, und das kannst anbesorgt sein, ihre Seele ist geradewegs zum Himmel aufgeflogen. Gewiß, wäre der Herr Abbe zur rechten Zeit gekommen, es hätte ihr Vergütigen ge-währt, ihn zu sehen. Aber was willst Du? Der Tod war eben schmerzlicher. Ich bin so glücklich zu ihm geeilt, und wir haben uns bis zu-letzt keinen Sorgen zu machen.“

— Dann wachte er sich zu dem Priester:

„Herr Abbe, ihre allzu große Frömmigkeit hat die Priests sicher beschämung. Gestern hatte sie in der Gratte schon einen Erstlings-abfall, dessen Festigkeit zeichnend war; aber trotz ihrer Schwäche hat

se darauf bestanden, der Prozession zu folgen. Ich dachte mir wohl, sie würde weit kommen. Es war jedoch eine heikle Sache; aus Furcht, sie zu erschrecken, wagte man nicht, ihr etwas zu sagen.“

Leise kniete Pierre nieder und sagte mit jener echt menschlichen Bewegung, die bei ihm die Stelle des Glaubens vertrat, die abhingen, angeblickt des ewigen Lebens, des ewigen Todes, so überaus arm-jeligen Gebete her. Dann blieb er einen Augenblick auf den Knien liegen und hörte die stehenden Stimmen des Ehepaares.

Den kleinen Gustave, der in der Unordnung des Nebenimmers auf seinem Bett vergessen worden war, mußte wohl Ungebuld erfaßt haben, denn er weinte und schrie:

„Mama, Mama, Mama!“

Endlich ging Frau Bigeron hinaus, ihn zu beruhigen, und sie hatte den Gedanken, ihn in ihre Arme zu nehmen, damit er zum letzten Male seine arme Tante umarme. Zuerst sträubte er sich, wertete sich und weinte stärker, so daß Herr Bigeron genötigt war, dazwischentreten und ihm zu sagen, er soll sich schämen. Wie! Er, der sich vor nichts fürchtete! Der dem Leiden gegenüber den Mut eines Mannes zeigte! Und noch dazu seine arme Tante, die immer so liebenswürdig gewesen war, deren letzter Gedanke gewiß ihm ge-golten hatte.

„Sich ihm mir“, sagte er zu seiner Frau, „er wird vernünftig sein.“

Schließlich hing sich Gustave an den Hals seines Vaters. Er war im Hemde, zitterte vor Kälte und zeigte die Mäthheit seines elenden, kleinen Körpers, den die Strofen benagten. Weit entfernt ihn zu heilen, schien das wunderbare Wasser des Wehlers die Wunde an seinen Lenden nur noch weiter aufzulösen zu haben, während sein mageres Bein, einem verdorrten Stabe vergleichbar, kraftlos her-niederhing.

„Ruhe sie“, fuhr Herr Bigeron fort.

Das Kind neigte sich herab und küßte seine Tante auf die Stirn. Es war nicht der Tod, der ihn beunruhigte und ihn veranlaßte, sich zu strecken. Seit er da war, betrachtete er die Tote mit einer Wien-rühiger Reugier. Sie hätte er mit lauter Stimme gesagt, daß er sie nicht liebt und daß er unter ihr nur zu lange gestanden hätte. Das waren bei ihm Ideen, Gefühle einer erwachsenen Person, deren Wundt ihm in dem Maße erdrückt hatte, in dem sie sich mit ihren Leiden ent-wickelten und verstärkten. Er sah sie wohl, daß er zu klein war, und daß die Kinder die Dinge, die im Herzensgrunde der Leute vor sich gehen nicht verstehen dürfen. Sein Vater, der sich abseits gesetzt hatte, befehlte ihn auf seinen Knien, während die Mutter wieder das Fenster schloß und die Sorgen der beiden Leichter auf dem Ramen anstundete.

(Fortsetzung folgt)











# Märzenstürme / Von Rosa Luxemburg

Wenn die Proletarier je im Wust der Tagespolitik den Maßstab für große und kleine Dinge verlieren, wenn sie je im Staube der öden Lebensstrasse ermatten und für einen Augenblick an ihrer Kraft verzweifeln sollten, so gibt es ein sicheres Mittel, diese Stimmung zu überwinden, es ist ein Blick auf die zurückgelegte Strecke ihres geschichtlichen Weges, auf der wie große Marksteine die wichtigsten revolutionären Waffengänge des Proletariats stehen. Die Arbeiterklasse hat auch allen Anlaß, ihren geschichtlichen Erinnerungen immer wieder ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Sind sie doch für uns das große Lehrbuch, das uns Wegweiser für den weiteren Vormarsch gibt, aus dem wir lernen, alte Fehler zu vermeiden und neue Illusionen zu zerstören. Denn nur durch beständige Selbstkritik, durch das Bestimmen auf sich selbst vermag die proletarische Masse ihren großen Klassenkampf, ihre großen Ziele zum Siege zu führen. „Bürgerliche Revolutionen“, schrieb Marx vor 65 Jahren, „wie die des 18. Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Effekte ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Regenhammer ergaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verböhnen grausam gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich tiefenhafter ihnen gegenüber aufrichtet, schreden stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!“

Der 18. März ruft zwei historische Ereignisse in Erinnerung, die für die internationale Arbeiterklasse wie zwei lobende Fackeln die Strecke des letzten Jahrhunderts beleuchten: die Revolution 1848 und die Pariser Kommune von 1871. Die deutsche Revolution, die mit dem 18. März ihre siegreiche Schlacht auf den Straßen Berlins geschlagen hat, ist eine einzige große Lehre vom Bankrott des bürgerlichen Liberalismus. Am 18. März hatte die Arbeiterschaft mit Selbstennt auf den Barrikaden die alte feudale Monarchie geschlagen, hatte sie die Bahn gebrochen für eine fortschrittliche demokratische Entwicklung in Deutschland, für die deutsche Einheit, für die deutsche Republik, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen. Was ist von alledem zur Wirklichkeit geworden? Nichts! Die Bajanette Wangels, die Rückkehr der geschlagenen Junkerherrschaft, die Konterrevolution und die bleierne Kirchenstrube der fünfziger Jahre in Deutschland und dann in den siebziger Jahren die Karikatur der deutschen Einheit in Gestalt der neuen deutschen Reichsherrschaft, mit einer Karikatur der Volksvertretung in Gestalt des heutigen Reichstags — als Geschenk aus den blutigen Händen Bismarcks, geboren unter dem Fluche des modernen Militarismus — das waren die Ergebnisse niederträchtigen Verrats der liberalen Bourgeoisie, die schon am Tage nach dem Siege der Berliner Arbeiter hinter deren Rücken ein Rechtsmeddel mit der Reaktion begann. Schon damals war den Vätern der heutigen Fortschrittler und Nationalliberalen das schimpfliche Joch des Junkerregiments auf eigenem Nacken lieber als der Anblick des steifnackigen revolutionären Ungeküms der Proletariermassen; schon damals hatten sie ihren historischen Beruf darin gefunden, sich von den Proletarierhänden Kaskaden aus dem Feuer der Reaktion holen zu lassen und im gleichen Augenblick die Helfer in der Not an dieselbe Reaktion für einen Judaslohn zu verkaufen. Und doch waren damals die liberalen Bourgeoisie in Deutschland die Herren der Situation, die berufenen Führer der Volksmasse, denn noch war der Rieseproletariat ein Knabe,

unbewußt seiner Ziele, und noch standen an der Spitze des Liberalismus Männer, die sich bei all ihrer Feigheit und Zämmerlichkeit selbst als Schatten noch neben dem heutigen Geschlecht wie Riesen ausnahmen. Und von diesen zurechtgeratenen Entfeln ihrer verräterischen Großväter, von diesen Deserteuren des Kampfes, die im Verlauf der ganzen späteren Geschichte von Stufe zu Stufe der Schmach und der Erniedrigung gesunken und bis auf's Mark der Knochen korrumpiert sind; von ihnen ausgerechnet sollte heute das deutsche Proletariat eine Waffenbrüderschaft im Kampfe mit der Reaktion erwarten? Heute, wo die Macht und das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeiter die bürgerliche Welt mit Schreden erfüllt, wo der Liberalismus von der Höhe seiner historischen Führerrolle ins Jammerthal des engen Daseins zwischen die zwei großen Mäheleiste der modernen Geschichte geraten ist: zwischen die Mäheleiste der Arbeit und des Kapitals? Ehe der deutsche Liberalismus von den Toten aufersteht, um die Welt mit dem Waffengitter seiner Ruhmestaten zu erfüllen, würden die Märzgefallenen im Friedrichshain in Berlin aus ihren Gräbern steigen, um uns die schlimmsten Worte ins Gesicht zu schleudern: Ihr habt nichts gelernt und nichts vergessen!

Eine andere wichtige Lehre brachte die Geschichte im Monat März den kämpfenden Proletariaten. Am 18. März 1871 ergriff das Pariser Proletariat die Macht in der Hauptstadt Frankreichs, die von der Bourgeoisie verlassen, von den Preußen bedroht war; es errichtete die Herrschaft der glorreichen Kommune. Zwei Monate bloß dauerte das friedliche, segensreiche Wachen der Arbeiter am Ruder des Staates, der durch seine herrschenden Massen in den Strudel verbrecherischer Kriegswirren und vernichtender Niederlagen gestürzt worden war. Die feige französische Bourgeoisie, die vor dem fremden Feind ausgerissen war, raffte sich schon im Mai auf, um im Vunde mit dem Feind den Kampf auf Tod und Leben gegen den „inneren Feind“ durchzuführen, gegen die Pariser Arbeiterschaft. In der „blutigen Wainwoche“ ging die proletarische Kommune zugrunde in furchtbarem Gemetzel, unter rauchenden Trümmern, unter Bergen von Leichen, unter Nechzen Leibern, die mit Toten begraben wurden, unter trunkenen Drogen der rachedurstigen Bourgeoisie. Ein schmuddiger Kalen an der äußersten Mauer des Marmorprunkens Pariser Friedhofes Père Lachaise war alles, was in den ersten Jahren von der Kommune geblieben zu sein schien. Aber von diesem stillen Rasen erhob sich bald für die Proletarier beider Welten die große heilige Tradition und die mit dem Blute Zehntausender erkaufte Doppellehre; es gibt keinen Platz innerhalb der Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung für die Herrschaft des Proletariats; es gibt aber auch keine Möglichkeit, diese Bedingungen abzuschaffen, bis sie nicht ihre Reife erreicht haben. Nicht in lustigen Träumen von einer politisch ausschlaggebenden Stellung im heutigen Staate, dank irgendeiner plößlichen Wendung der Umstände, kann die Arbeiterklasse ihre Rechte erkämpfen, sondern lediglich in ständiger revolutionärer Opposition gegen den Staat. Und wenn die Pariser Kommune durch die leuchtende Spur ihres kurzen Daseins wie ihres heldenhaften Untergangs für immer ein Beispiel geblieben ist, wie eine revolutionäre Volksmasse nicht vor der Ergreifung der Macht zurückschrecken darf, auch wenn die Stunde der Geschichte ihrer Macht weder Dauer noch Sieg beschieden hat, so ist sie zugleich ein überragendes Denkmal der unerbittlichen Lohndiensthaft zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Proletariat, das nur ständig eingedenk seines tiefen Gegenjates zur gesamten Bourgeoisie, nur im entschlossenen Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie seine geschichtliche Mission zu erfüllen vermag.

Seitdem hat die kapitalistische Entwicklung im Sturmschritt die Welt erobert. Auf dem Grabe der Kommune hat sich in Frankreich endgültig die dritte Republik beseztigt, als unumschränkte Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die in der Kolonialpolitik, im Militarismus, im Bündnis mit dem

russischen Zarentum die ehemaligen Illusionen über den sozialistischen Charakter der bloßen republikanischen Staatsform begraben hat. Seit 1871 erst hat in Deutschland der Großkapitalismus in der Gründer- und Schwindelperiode seinen Einzug gehalten. Seitdem erst in Russland, das damals kaum seine Leibeigenschaft abgestreift hatte, in seiner kapitalistischen Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln bis an den Ausbruch der großen Revolution geeilt. Seitdem erst sind die Vereinigten Staaten aus einem Agrarstaat zum Industriestaat ersten Ranges geworden. Seitdem erst hat England seine industrielle Klein herrschaft auf dem Weltmarkt verloren. Seitdem erst hat die Kolonialpolitik und Weltpolitik die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch die Rebellion in alle Winkel der Erde getragen und das revolutionäre Erwachen im Orient heraufbeschworen.

Die Arbeiterklasse hat seitdem in allen Staaten gelernt, die Wege des Parlamentarismus zum täglichen Kampfe, zur eigenen Schulung, Aufklärung und Sammlung zu gebrauchen. Das kommunistische Manifest, das während der Märzrevolution erst geboren, während der Pariser Kommune selbst in Deutschland nur einer Handvoll proletarischer Kämpfer ein Wegweiser war, ist seitdem zum Banner ungezählter Millionen in allen Ländern geworden.

Und heute, im März, treten wieder die Elementargeister des Klassenkampfes in ihrer ganzen Größe auf die Bühne. Nicht mehr in Barrikadenkämpfen allein offenbaren sich Blitze und Donnerrollen der Weltgeschichte, wie 1848 und noch 1871. Ein Streik der Bergarbeiter Deutschlands und Englands ist es, der heute die Welt in ihrem Bann hält. Ein einfacher Gewerkschaftskampf, aber einer von jenen, die schon durch ihren riesenhaften Umfang, wie durch ihre grundlegende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben der Gesellschaft die schlichte „Messer- und Gabelfrage“ zu einer sozialen und politischen Katastrophe im Staate gestalten. Hier bei den Millionen Bergflaben, die der kapitalistische Profit hunger zum unterirdischen Leben unter Qualen der Dantelischen Hölle verurteilt hat, hier brodeln die vulkanischen Kräfte des Klassenkampfes in ihrer ungehemmten Grundgewalt. Jedesmal, wenn die Bergflaben ihre Glieder reden, erzittert der Boden des kapitalistischen Staates. Und heute sind sie — Millionen an der Zahl — in den zwei höchstentwickelten kapitalistischen Staaten gleichzeitig an die Oberfläche gestiegen, um eine Abrechnung mit dem herrschenden Kapital zu halten. Es sind dieselben englischen Proletarier, die in den siebziger Jahren auf der Höhe der industriellen Weltherrschaft Englands noch den Himmel voller Freigen sah und mit der ausbeutenden Bourgeoisie schießlich friedlich auszukommen hofften. Es sind dieselben deutschen Bergarbeiter des Ruhrgebietes, die noch 1889 mit einer Abordnung an den deutschen Kaiser den Vater Staat um gütliche Hilfe anflehten. Heute stehen sie — Engländer wie Deutsche — nicht als Hoffende und Bittende, nein, als trotzhige, wetterharte Kämpfer da, die nur auf sich selbst, auf die Solidarität und die Macht des Proletariats bauen.

Und der erste Eindruck ihres Kampfes gibt ihnen recht. Kaum haben sich die Arbeiterbataillone in Bewegung gesetzt, so richten sich die erstarrten Blide der bürgerlichen Welt auf ihren Kampf als auf das wichtigste Ereignis der Zeitgeschichte. Vor den verchränkten Armen der Millionen Bergarbeiter verstummt in England das tägliche Geplätscher der politischen Wichtigkeiten, verstummt in Deutschland das parlamentarische Gezänk um die welterschütternde Frage, wer in den gepolsterten Präsidentensstuhl im Reichstag seinen Hintern drücken soll.

Ob der Streik diesmal gelingen wird? Eine mühsige Frage! Der Kampf selbst ist ein Sieg der Arbeiterschaft, weil er eine Offenbarung des Klassenbewußtseins, der Solidarität und der Macht der Arbeiter ist, eine Mahnung zum Kampfe und eine Verheißung künftigen endgültigen Sieges für das gesamte internationale Proletariat.

(Erschienen in der „Gleichheit“ am 18. März 1912.)

# Rutte und Krummstab / Von Libertus Voten

## Die „unbefleckte Empfängnis“

Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Maria und der Unfehlbarkeit des Papstes fällt erst ganz in unsere Zeit.

Die unbefleckte Empfängnis der Papstmutter ist zwar kein Dogma der römischen Kirche, aber eine Glaubensselbstverständlichkeit mit der Kraft eines Dogmas laut der schon erwähnten Theesen des Papstes Stephan V.: „Die Päpste sind Gottmenschen. Sie werden ebenso wie der Heiland von ihren Müttern nicht körperlich, sondern durch Ueber-schattung empfangen. Alle Gewalt im Himmel und auf Erden ist bei ihnen.“ Das alles sind also offenbar keine christlichen, sondern katholische Lehren, zum Zweck teils der Bewöhrnung der Anhänger an jede Kirchendisziplin, zum Teil zum Zweck der besonderen moralischen Rangeshöhung und des Prestiges der weltlich-politischen, wenn auch mit geistlichen Funktionen belasteten kirchlichen Beamtenschaft.

Beiläufig mag erwähnt werden, daß die Unterjochung und Beweisführung der römischen Theologen für die unbefleckte Empfängnis Maria zur Erörterung ganz außerordentlicher Einzelfragen führt. Selbst wenn man von jedem Partisanstandpunkte aus der Ueberzeugung sein darf, daß die römische Kirche durch Verherrlichung der Mutter Maria einen Teil der bewußten Verächtlichmachung der Frau wieder ausgleicht, muß man doch mit einigermaßen starkem Besremden die Behauptung des Kardinals Petrus Damiani aufnehmen:

„Gott selbst ist durch die Schönheit der Maria in sinnlicher Liebe zu ihr entbrannt und solchermaßen ist die Menschwerdung Jesu zu Stande gekommen.“

Ein nicht ultimontan eingestellter Christ muß eine solche Aussageung schlechthin als Gotteslästerung empfinden; denn der Gott des Christentums, der in den Evangelien vorgeführt wird, war nicht irgendein Griechengott wie Zeus, der in Gestalt von Schwänen, Hummeln und Ochsen die schönen Menschenmadel liebt und befruchtet, wenn er sich ihnen nicht als schöner Jüngling oder kräftiger Mann näherte. Ueberaus erkenntlich sind auch die Behauptungen der römischen Theologen über die körperlichen Verhältnisse der Mutter des Christus. Professor Lwmbd erklärt beispielsweise: „Das Siegel der Jungfrau-

chaft an ihrem Fleisch ist nicht verletzt worden. Die Ueber-schattung durch den heiligen Geist, die Empfängnis ist ohne jede sinnliche Neigung vor sich gegangen.“

Die Darlegungen von protestantischer Seite gegen den Aberglauben der katholischen Kirche sind dummes, albernes Gewäsch; denn es ist doch schließlich kein Unterschied, ob Herr Marx an die unbefleckte Empfängnis der Jungfrau Maria glaubt oder die ganze protestantische Kirche an die biblischen Wundergeschichten glaubt, wie das von Gott kommandierte Stillstehen der Sonne im Tale von Gibeon, damit die Juden ihre Feinde andächtiger und gründlicher abschlachten konnten, oder an das Tempo der Fortbewegung der aus Ägypten abziehenden Juden, die am Roten Meer von ihrem Ausgangspunkt in einer so kurzen Zeit eintrafen — die sie verfolgenden Ägypter übrigens auch, daß sie sich mit wenigstens 110 Kilometer Geschwindigkeit bewegt haben müssen; sie zu Fuß; die Ägypter folgten doch wenigstens noch auf Pferden und Wagen. Es ist gleich, welches Wunder man glaubt, das Wunder der Dreieinigkeit oder den Verkehr irgendeiner Heiligen mit einem Teufel. Schließlich glaubte ja auch Luther an den Teufel, die Pöckgestalt mit dem Pferdefuß, dem Schwarz und dem höllischen Gestank.

In dieser Hinsicht gleichen sich die feindlichen Schwesterkonfessionen wie ein Haar dem anderen;

in Sachen des Glaubens oder genauer des Aberglaubens sind sie vollkommen auf einer Linie, ebenso wie auf dem Boden einer welt-politischen Machtübung. Aber nicht gleichgültig sind alle diese Glaubens- und Aberglaubensmomente vom Standpunkte des Staates und des Staatsbürgers aus, der für die Befreiung und Höherentwicklung des Menschen sein muß und nicht dulden kann, daß der Mensch langsam aber sicher zu dem Leben seiner ältesten Vorfahren zurückentwickelt wird, die an die Pokosnüsse glaubten, die sie sich von den Bäumen des Urwaldes, auf denen sie hockten, einander an den Kopf warfen.

Der Staat kann nicht ruhig zusehen, daß seinen Bürgern solche Dinge aufgetrohet werden. Das Zentrum verlangt die Einführung des Fronleichnamstages als reichsrechtlichen Feiertags und den Unterwerfungsvertrag unter den Papst. Weshalb soll der Papst nicht eines Tages auf Grund des Konkordats, das der Kirche ja die Weitzregulierung ihrer Angelegenheiten zuweist, nicht reichsrechtlich verlangen, daß beispielsweise

die Reliquien von jedem Deutschen reichsrechtlich als anbetungswürdig anerkannt werden müssen? Auf diesem Gebiete verfügt ja die römische Kirche über ganz erstaunliche Leistungen. Reliquien sind ein großer Einfuhrartikel

gewesen seit der Zeit der Kreuzzüge. Es wurden nicht nur Berge von Leiden des Kreuzes, an dem Christus gekreuzigt wurde, eingeführt, sondern die römische Kirche läßt auch Reliquien verehren, wie die echte heilige Lanze, mit der der Kriegsknecht in den Leib des Getreuzigten stieß, Dornen aus der Dornenkrone, echte Milch der Mutter Maria,

die Stange, auf der der Hahn saß, der dreimal krähte, als Petrus in phantastischer Feigheit seinen Felland verleugnete; das Baschbeden, in dem Pilatus die Hände wusch; den Bart Noahs; das Manna, mit dem die Juden in der Wüste gespeist wurden;

die Schere der Dalia.

Aber das sind noch Gegenstände, die schließlich theoretisch auch über tausend Jahre überstanden haben könnten; der fromme Katholik muß aber auch Reliquien verehren, wie den aus Valstina eingeführten Sauch des Christus; eine Flasche voller ägyptischer Finckernis, ein Gefäß mit dem Schall der Glocken aus Jerusalem; einen Strahl des Sternes, dem die heiligen drei Könige nachliefen; Seuzer, die Josef ausließ — der Gatte der Maria — wenn er Holz hobelte. Die Seuzer sind auf Flaschen abgezogen, in denen natürlich nichts drin ist. Eine große Zahl dieser Reliquien sind sogar d o p p e l t und m e h r f a c h vertreten. Dazu gehört auch die bei der Bezeichnung gefallene Sorbant des Christus.

Außerdem gibt es vier Zentner Hobbelpäne aus Josefs Werkstatt. Man wird sich entschieden fragen müssen, ob Menschen, die derartige glauben und glauben müssen, zur Rettung eines modernen Staatswesens berufen sind. Herr Marx läßt sich ja zu der Rettung eines modernen Staatswesens tatsächlich nicht berufen, sondern verpflichtet, diesen modernen Staat und seine Weiterentwicklung an der römischen Monarchie auszuliefern. Rom will mit Hilfe von Marx auf dem Wege über das Konkordat Erfolg finden für das der Kirche zurzeit noch verlorene Frankreich. (Fortsetzung folgt.)



# rote Jungfront



## Wir rufen die arbeitende Jugend!

Von Werner Jutz

Wieder rufen wir die Herbetrommel, rufen wir den jungen Arbeitern zu, sich im Märzaufruf in der Roten Jungfront einzureihen, um in geschlossenem Front gegen Faschismus und neuen imperialistischen Krieg zu kämpfen.

Neuer Krieg? Jawohl! In allen kapitalistischen Ländern der Welt wird fieberhaft gerüstet. Riesige Schlachtschiffe, Flugzeuge, Tanks und andere Kriegswaffen werden gebaut. Die Geschütze und Schiffe aller Länder, die von den Kapitalisten bezahlt werden, wettren darin, das todringendste Gas zu erfinden, die Ingenieure arbeiten daran, die Kriegstechnik auf allen Gebieten zu vervollkommen, in allen Ländern unterzieht man die Jugend einer gewissenhaften, militärischen Ausbildung, damit sie als Nachschub für die riesigen lebenden Heere dienen kann. Und wofür das alles, wenn kein neuer Krieg geführt werden soll, wie es manche Leute den Arbeitern weismachen wollen? Warum diese wahnwitzigen Rüstungen, wenn — wie die Sozialdemokraten und Pazifisten (Friedensschwäger) sagen — der Völkerverbund ein Friedensbund ist, der alle Kriege verhindern wird?

Gefahrenherde, aus denen ein neuer Krieg hervorzubrechen kann, sind in allen kapitalistischen Ländern vorhanden. Aber alle Gegensätze zwischen den Kapitalisten werden zurückgedrängt durch den großen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Dem großen Gegensatz, der sich darin verkörpert, daß in der Sowjetunion die Arbeiter den Sozialismus aufbauen, während in den anderen Ländern die Kapitalisten beherrschen, ihre Herrschaft der Ausbeutung und Unterdrückung weiter zu erhalten, sie zu behaupten gegen die anstürmende Arbeiterkraft, für die die Sowjetunion die Nährkammer in diesem Kampf ist. Aber nicht nur diese allein. Rußland kann nur dann wieder eine Quelle neuen Reichtums für die Kapitalisten werden, wenn sie die Herrschaft der Arbeiterkraft fangen, sich zu den Herren des Landes und allen seinen Reichümern machen, die heute der russischen Arbeiterklasse und ihrer Jugend zugute kommen. Darum geht der Kampf, deshalb wird in erster Linie gerüstet, darum wird der nächste Krieg kommen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß mit der blutigen Niederwerfung der chinesischen Arbeiter und Bauern, der diebstahlenden Verschleachtung tausender revolutionärer Kämpfer,

die Erfüllung von Sowjetkonsulaten verbunden war, und daß dies geschah im Auftrage der englischen Herren, die die Kriegsführung gegen die Sowjetunion organisieren.

Es gilt die Sowjetunion zu schützen. Der drohende Krieg muß schon heute bekämpft werden. Wenn er ausbrechen ist, ist es zu spät. Die Jugend hat die größte Verpflichtung hierzu, weil sie die am meisten Betroffene ist. Die Kriegsführer sind die Kapitalisten, die Gefolgschaft soll aber die Arbeiterschaft und vor allem die Arbeiterjugend stellen. Wenn die Frage für oder gegen die Sowjetunion gestellt wird, muß sich die proletarische Jugend in ihrem eigenen Interesse für die Sowjetunion und damit für die Revolution, für die Befreiung der Arbeiterklasse im eigenen Land entscheiden. Und das auch heute schon.

Gegen Reaktion und Faschismus rufen wir die arbeitende Jugend erneut zum Kampf auf. Beide, Reaktion und Faschismus, ergreifen sich, um die Arbeiterjugend auf den neuen Krieg vorzubereiten. Es sei nur erinnert an die reaktionäre Gesetzgebung der Bürgerblockregierung: „Schund und Schmutz“, „Schutz der Jugend vor Unzucht“, „Sabbatschreibe“, „Sabbatschreibe“, „Arbeitsdienstpflicht“, um nur einige dieser Gesetze zu nennen, die teilweise schon durchgeführt sind und zum Teil noch durchgeführt werden sollen. „Der Bürgerblock in Schweren“ rufen zwar die Sozialdemokraten, aber die Gesetze bleiben bestehen und die geplanten werden durchgeführt, auch wenn Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Haben doch die Sozialdemokraten in den Länderregierungen auch in der vergangenen Zeit ihre Zustimmung zu diesen Gesetzen gegeben und sie durchgeführt. Und — möge der Bürgerblock schwinden im Reichstag in Schweren gegangen sein, als Feind der Arbeiterschaft und ihrer Jugend, als Vorbereiter des Krieges bleibt er bestehen. Hat sich das nicht gerade im Metallarbeiterkampf in Mitteldeutschland gezeigt?

Ob Schwarzweißrot, ob Schwarzrotgold, ob Demokrat, Zentrum oder Deutschnational, geschlossen handeln die Unternehmer gegen die Arbeiterschaft.

Die reaktionäre Gesetzgebung, sie soll die Jugend politisch und wirtschaftlich rütteln, soll die revolutionäre Jugendbewegung lahmlegen, um damit die Jugend dem Faschismus in die Arme zu treiben. Hier soll der letzte Schritt erfolgen, soll die Jugend für den Krieg „reife“ gemacht werden. Die nationalen Verbände sind das große Kräftezentrum, aus dem das Rekrutement für die Bildung der großen imperialistischen Armee geholt wird, die heute schon in der Reichswehr ihren Rahmen hat.

Ob Jungsozialismus, ob Bismarckjugend, Hehrwolk oder Jungfaschismus, die Deutsche Kameradschaft, es sind Rekrutenanfänger. Auch das Reichsbanner ist davon nicht ausgenommen. Hinter dem Schuttpott des Reichsbanners verbirgt sich daselbe wie

hinter dem Wehrpott bei den Faschisten und der Körperlichen Erziehung in den bürgerlichen Sportorganisationen. Drei Begriffe für ein und dasselbe: Vormilitärische Ausbildung der Jugend!

Man darf die Gefahren nicht unterschätzen. Und weil wir dieses nicht tun, blauen wir zum Sammeln, rufen wir: „Arbeiterjugend! Her zu uns! Marschier! und kämpft in den Reihen der Roten Jungfront gegen Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr!“

### Was bietet die Rote Jungfront?

Die Rote Jungfront ist eine Arbeiterorganisation und ein Teil des Roten Frontkämpferbundes. Jeder junge Arbeiter, der Mitglied der Roten Jungfront werden will, muß das 16. Lebensjahr erreicht haben. Die Einführung eines neuen Mitgliedes wird feierlich auf einem Einführungsabend vorgenommen.

Selbsttätigkeit und Pflege der Kameradschaftlichkeit ist der oberste Grundsatz unserer Organisation. Diese beiden Vor-



EIN GUTES BEISPIEL

AUCH DU MUSST MITGLIED DER ROTEN JUNGFRENT IM MÄRZAUFGEBOt WERDEN!

aussetzungen für eine Arbeiterjugendorganisation pflegen und hüten wir durch

Ausmärsche (die etwas anderes sind als Claque- und Latzscharen), wo sich einzelne absondern und Volkstanz und Sonnenwärmerei betreiben). Um uns von diesen Latzscharen abzugrenzen, tragen wir eine

einheitliche Bundeskleidung, die bei jungen und erwachsenen Kameraden vollständig gleich ist und aus grauer Mütze, Kinnel, Koppel mit Schultertrenten und roter Binde am linken Unterarm besteht.

Zerienzlager, die wir im Sommer in allen Gauen und im Reich durchführen, sollen uns neue Kraft für den täglichen Kampf geben und unseren Kameraden die Möglichkeit bieten, ihre freie Zeit im Kreise von Kameraden zu verbringen.

Unterhaltungsabende, bei denen wir zwanglos zusammenkommen und uns einander näher kennenlernen, sollen den Geist der Solidarität unter uns festigen und fördern. Ein Gebiet unserer Tätigkeit ist: Vermitteln, um unseren Kampf führen zu können. Auf

Führerabende gebenden wir großer Revolutionäre, ihrer Lehren und ihrer Lehren und nehmen uns ein Beispiel an ihrem Optimismus und ihrer Zucht.

Sichtbildabende, Vorträge und Kurse, die in unserer Organisation regelmäßig abgehalten werden, sollen das Wissen unserer Kameraden vertiefen und die Gassen anfüllen, welche die Volksschule im Wissen der Jungarbeiter gelassen hat.

Alle unsere Arbeiten führen wir unter der Losung durch:

Die heranwachsende Generation des deutschen Proletariats muß kämpfen und lernen, um ihren Aufgaben gewachsen zu sein.

Das ist die Tätigkeit unserer Organisation. Alles ist aber dem einen Ziel untergeordnet: neuen imperialistischen Krieg zu verhindern, die jungen Arbeiter, die in unsere Reihen eintraten, zu wirklichen Kämpfern gegen den bürgerlichen Militarismus zu erziehen und damit vorzubereiten den

Sieg der Roten Front!

### Arterienverkalkung im Jungbanner

(Die abgeschriebene Reichsbanner-Jugendbeilage.)

Das Reichsbanner hat in seiner Nummer vom 15. Februar auch eine Jugendbeilage herausgegeben, die sich dadurch auszeichnet, daß ungefähr alle Artikel, die dort abgedruckt wurden, bereits in früheren Jahren entweder als Flugblätter vom Reichsbanner herausgegeben waren oder sonst schon in irgend-einer Form veröffentlicht worden sind. Da liegt man z. B. einen Aufruf von Berthold von Deimling, General der Infanterie, unter der Überschrift: „Die deutsche Jugend und das Reichsbanner“, der mit den Worten beginnt: „Nach einem Bilettwort ist es nicht gut, wenn man jungen Weib in alte Schläuche fassen.“ Dieser Artikel von Deimling wurde bereits zur Berberwoche des Jungbanners vom 21. bis 30. November 1926 benutzt, und man könnte deshalb den ersten Satz umwandeln und sagen: „Für eine Jugendbeilage des Reichsbanners ist es nicht gut, wenn man alten abgestandenen Mist immer wieder in eine neue Zeitung aufnimmt.“

Das gleiche gilt auch von dem Artikel des Staatskanzlers a. D. Dr. Renner, der ein „Wort an die deutsche Jugend“ verfaßt hat, das ebenfalls schon einmal publiziert worden ist, nämlich im Februar 1927 in der Zeitschrift von Walter Hammer, in den „Jungen Menschen“. Diese Nummer war speziell dem Reichsbanner gewidmet.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat beschlossen, von nun an alle Kraft dem Jungbanner zuzuwenden und die Jungbannerbewegung mit neuem und frischem Geist zu erfüllen.

Der Anfang dieses neuen und frischen Geistes wird wahrhaftig trefflich illustriert durch diese seit langer Zeit erste Jugendbeilage vom 15. Februar 1928. Die Greise, die diese Beilage zusammengestellt haben, scheinen an politische Arterienverkalkung zu leiden, da sie immer wieder auf Dinge zurückgreifen müssen, die schon längst einmal abgedruckt waren und in Millionen von Exemplaren an die Öffentlichkeit gelangt sind. Der Reichsführer des Jungbanners, Bape, ist so hilflos, daß er nicht einmal ein Wörtchen in dieser Beilage zu schreiben wußte.

Wer da glaubt, daß nur die erste Jungbannerbeilage einen solchen geistigen Tiefstand aufweist, der irrt. In der ersten Märznummer des Reichsbanners wird die ganze „Beilage“ durch einen 91seitigen Artikel von E. Diesenthal über „Erziehung zur Politik“ verdrängt, dessen Inhalt nicht einmal mit dem Titel in Einklang zu bringen ist.

Dem Inhalt nach hätte man lieber sagen sollen „Erziehung der Jugend zur Volksgemeinschaft“.

Diese Tatsachen dokumentieren am besten, daß das Reichsbanner sich politisch überlebt hat, und daß es nicht in der Lage ist, bei veränderten politischen Verhältnissen irgend etwas Neues zu sagen.

Wir schlagen der Redaktion der Jugendbeilage des „Reichsbanners“ vor, sich von der Roten Jungfront einige Zentner Salz schenken zu lassen, damit sie sich noch mehr als bisher einpödeln läßt. Die proletarische Jugend aber wird diese eingepödelten Greise unter sich lassen und den Weg vom Jungbanner zur Roten Front, von der Volksgemeinschaft zum Klassenkampf finden.

### Weder Form noch Inhalt

In der Februar-Nummer des „Deutschen Echo“, Organ der Bismarckjugend, wendet sich die Landsmannschaft Düsseldorf-Ost an den Bund wie folgt:

„Gar viel ist uns in diesem vergangenen Jahr zerschlagen worden. Bitter war auch die Erkenntnis, die zwar tiefen in ihrer Bequemlichkeit nicht passen wird (armer Zielverfehlung), daß auch unsere Sache — von der wir so gerne als „Bewegung“ sprechen — zur Zeit weder Form noch Inhalt hat.“

Gewöhnlich sagt man „Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung“. Aber hier ist wirklich nichts mehr zu bessern. Wenn man dann noch die folgenden Zeilen liest:

„Unser Landesjugendtag offenbarte die ganze innere seelische und sittliche Not der Jugend.“ ... „Weg und Ziel in die Zukunft? Wir kennen beides nicht!“

Dann muß man schon sagen, es wird höchste Zeit, daß diese Mißgeburt einer Jugendorganisation ver-schwinder. Junge Arbeiter, die sich noch darin befinden, gehören in die Rote Jungfront, die zielfähig und entschlossen den Kampf um die Zukunft führt.



Nach der Arbeit, Mann - 1, Was weißt du?, Tod dem Faschismus, Krieg dem imperialistischen Krieg, in Reih und Glied



# Internationale Politik

## Der 18. März in China

Von H. Schultze

Trotz grausamer Verfolgungen, trotz massenhafter Ausrottung revolutionärer Arbeiter und Bauern, wird das Proletariat und die fortgeschrittene Bauernschaft China dieses Jahr an den Kundgebungen zum 18. März teilnehmen. Die „Chinesische Disziplinierungsbewegung“ hat sich auch dieses Jahr, wie in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens, an die Volksmassen mit dem Aufruf gewendet, diesen Tag dem Andenken aller Kommunisten und aller Revolutionäre zu widmen, die seit der Pariser Kommune gefallen sind. In China selbst ist der Tag des 18. März mit der Erinnerung an eine der schrecklichsten Massenerschießungen verknüpft.

Vor zwei Jahren wurde eine riesige Menge demonstrierender Arbeiter und Studenten auf Befehl des Kaisers der japanischen Imperialisten, des Präsidenten der Chinesischen Republik, Tschang Kai-schik, zusammengeschossen, weil sie gegen die Blockade Tientsin, an die Einfahrt zur Stadt Tientsin, durch die Japaner protestiert hatten. Der Kugelregen raffte 50 junge Leben dahin. Achtzig Menschen wurden schwer verwundet.

Am zweiten Jahrestage dieses Mordes gedachten das Proletariat und die Bauernschaft Chinas nicht mehr Duzender, sondern Zehntausender von Opfern der wütenden Reaktion der chinesischen Bourgeoisie, des Militarismus und des Imperialismus. Der Chinesische Nationalkongress, der im alten kaiserlichen Schloss den Platz Lungschichschu eingenommen hatte, feierte seine „Thronbesteigung“ durch die Hinrichtung des Führers der chinesischen kommunistischen Bewegung, des Professors Li Tsichao, nebst Genossen. Mit dem Bogenschützen des Nordens an Kaiserin wettersend, vergossen Tschang Kai-schik und Wanglingwei Ströme von Blut.

Am Gedenktage der Pariser Kommune gibt es viele, denen zu gedenken ist. Noch ist die Erinnerung an die Opfer der Kantoner Kommune frisch. Zu den 4000, die der Rache der Genter bei der Einnahme Kantons zum Opfer fielen, kommen die langen Listen der Entschlafenen und Ermordeten hinzu. In den letzten Tagen lesen wiederum Nachrichten ein über neuerliche Hinrichtungen von 1700 Revolutionären allein in Kanton.

Die revolutionäre Bewegung in China hört nicht auf und kann nicht aufhören, so lange das Grundproblem der chinesischen Revolution nicht gelöst ist, nämlich die Befreiung des Volkes von allen Formen wirtschaftlicher Ausbeutung.

Unabhängig viele Opfer wird der Kampf noch kosten, aber wir werden siegen.

## SPD-Rezept für Frankreich

Vor einigen Wochen hat Herriot in einer öffentlichen Wahlversammlung in Lyon seinen Wählern versichert, daß die radikale Partei im Parlament und er persönlich im Ministerrat sich für die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten, deren Immunität be-

kanntlich von der Kammer unter der Fuchtel Poincarés aufgehoben wurde, einsetzen würden.

Die SPD-Presse wärmt diesen alten Kohl auf, um ihren Lesern die Kapitulation der ehemaligen Verbündeten der Boncour und Renaudel vor Poincaré zu vertuschen und vor allem durch das Märchen von dem „Mitschneiden der Regierung der nationalen Einheit“ wie in Deutschland das Wahlbündnis der französischen Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen zu rechtfertigen.

Wie ernst es die Radikalen mit ihrer Forderung nach Freilassung der kommunistischen Abgeordneten meinen, zeigt treffend die wüste Kommunistenhege des radikalen Innenministers Sarraut, die an Gehässigkeit und Brutalität jeden Rekord schlägt. Die letzte Rede Sarrauts hat der „Vorwärts“ bezeichnenderweise zu veröffentlichen — vergessen.

## Protestversammlungen russischer Arbeiter gegen die Caboteure

(Eig. Ber.) Moskau, 16. März.

Dreier Massen der Sowjetfachleute hat sich die größte Enttäuschung anlässlich des konterrevolutionären Komplotts in der Kohlenindustrie des Donezbeckens bemächtigt. In zahlreichen Versammlungen von Spezialisten in Moskau, Penningrad, Charkow, Kiew, Jwanowo-Wosnessenski, Krasnodar und in vielen anderen Städten wurden Resolutionen angenommen, die eine strenge Bestrafung der böswilligen Schädlinge der sozialistischen Wirtschaft verlangen.

In einem Aufruf an alle Bergarbeiter der Sowjetunion teilt das Zentralkomitee des Bergarbeiterverbandes der Sowjetunion mit, daß seinerseits eine eingehende Untersuchung darüber eingeleitet wurde, unter welchen Umständen die systematische und dauernde konterrevolutionäre Tätigkeit einzelner Spezialisten im Revier Schachtly möglich war. Der Aufruf weist darauf hin, daß dies auf die blinde Vertrauensseligkeit der Leitung zurückzuführen ist, die den Warnungen der Arbeiter hinsichtlich der unrichtig betriebenen Kohlenförderung und der sonstigen zerstörenden Tätigkeit einzelner Spezialisten keine Aufmerksamkeit schenkte. Der Aufruf fordert zur energischen Bekämpfung der Saboteure auf und betont die Notwendigkeit des kameradschaftlichen Verhältnisses zu den ehrlichen Spezialisten, die gewissenhaft am Wirtschaftsaufbau mitarbeiten. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Kontrolle und der Überwachung der Arbeit der Spezialisten ermahnt der Aufruf zur erhöhten Aufmerksamkeit gegenüber der Produktion, zum Kampf gegen die Schädlinge der Sowjetwirtschaft und zur aktiven Selbsttätigkeit der gesamten Bergarbeiterschaft. Der Aufruf weist ferner darauf hin, daß erfahrene Arbeiter für die Arbeit auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaus auszuwählen und jugendliche Arbeiter in die Hochschulen zwecks Schaffung eines roten Spezialistentabes zu entsenden sind.

## Zwei Todesurteile in Lemberg

Polizistens Terrorfeldzug gegen die Westmilitären Polens

Die polnische Regierungsgeneräle meldet: Der seit dem 25. Januar dauernde Prozeß vor dem Lemberger Schwurgericht gegen die Mitglieder der ukrainischen terroristischen kommunistischen Geheimorganisation, denen die Anklageschrift die Ermordung des Lemberger Schwabenzirkulardirektors Sobinski sowie Landesverrat und Spionage vorwarf, ist heute zum Abschluß gelangt. Die Geschworenen erkannten die beiden Hauptangeklagten Wasil Wita und Jwan Wierbielski als schuldig des Mordes sowie der Spionage und des Landesverrats, worauf das Tribunal beide zum Tode durch den Strang verurteilte. Acht weitere Angeklagte wurden wegen Spionage und Landesverrat zu ein bis zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Ermordung des Lemberger Schwabenzirkulardirektors Sobinski, deren Urheber und Umstände heute noch völlig ungeklärt sind, wurde scharf von den Polizistens-Behörden zu einer infamen Hege gegen die Kommunisten benutzt, obwohl die kommunistische Stellung zu individuellen Terrorakten völlig klar ist. Die beiden angeklagten Attentäter, die jetzt zum Tode verurteilt worden sind, wurden ganz willkürlich, ohne irgendwelche Verdachtsgründe, verhaftet. Während des Prozesses ergab sich nicht der geringste Anhaltspunkt für die gegen sie gerichteten Anklagen. Sämtliche Indizienbeweise des Staatsanwalts wurden von der Verteidigung widerlegt und das Bild der Angeklagten lückenlos nachgewiesen. Trotzdem sollen sie jetzt hingerichtet werden.

Das Lemberger Terrorurteil ist ein neues Glied in der Kette der Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen Polizist jeden Widerstand der westmilitären Massen Polens gegen seine Diktatur zu brechen versucht. Die glänzenden Waffenerfolge der revolutionären Arbeiter und Bauern bei den Sejm- wie auch bei den Senatswahlen beweisen, daß Polizist mit dem Terror nichts ausrichten vermag.

## Die Streikbewegung in Schweden

St. Stockholm, 15. März. — Die Arbeitskonflikte in Schweden nehmen immer größeren Umfang an. Betroffen werden zurzeit insgesamt etwa 8000 Arbeiter. In den Zuckerraffinerien droht ab 22. März die Gesamtaussperrung; nachdem einzelne Arbeiterkategorien den Streik proklamiert haben. Auf der Marinewerft in Karlskrona hat sich die Lage gleichfalls zugepointet. Dort sind die Arbeiter der Torpedo- und Minenabteilung ausgeperrt.

Das amtliche Ergebnis der Senatswahlen in Ostpreußen. L. A. Kattow, 15. März. Nach dem von der Wahlkreis-Kommission für die Wojewodschaft Ostpreußen ermittelten amtlichen Ergebnis der Senatswahlen in Ostpreußen wurden von 412 030 Wahlberechtigten 358 668 Stimmen abgegeben, von denen 2369 ungültig waren. Von den einzelnen Parteien erhielten Regierungspartei 134 844, deutsche und polnische Sozialisten 33 463, deutsche Wahlgemeinschaft 116 132, Kommunisten 3549, Rosa-Fantyp-Partei 67 220 Stimmen.

# Gibt es noch Sklaverei?

Von Hans De me g - Breslau

Der Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission des Völkerbundes läßt die imperialistischen Kolonialpolitiker und ihren Anhang Morgenluft wittern. Die Kurse der Kolonialwerte steigen lebhaft und neue Gesellschaften werden zur Ausbeutung der afrikanischen Schätze gegründet. Gewisse sich informiert dünkende Kreise munkeln bereits von der Ueberlassung einiger portugiesischer Kolonien an Deutschland, was an den Schächer Englands und Deutschlands und die portugiesischen Länderziele in Afrika zu Beginn des Burenkrieges erinnert. Daneben steigern sich die Angriffe der deutschen Kolonialfreunde, an deren Spitze ehemalige Gouverneure stehen, gegen die Kolonialverwaltung Englands, Frankreichs und Belgiens, die von ebenso wütenden und von sittlicher Entrüstung über die deutschen Kolonialgreuel tiefenden Gegenangriffen in der englischen und französischen Presse beantwortet werden. Bei diesem Streit kommen manche Dinge ans Tageslicht, über die man lieber den Mantel der Verschwiegenheit gedehnt hätte, und die einen guten Einblick in die Theorie und Praxis moderner Kolonialwirtschaft geben. Die englischen Imperialisten haben stets auf die Fortschrittlichkeit ihrer Kolonialmethoden gepocht. Wir werden sehen, daß in den meisten Kolonien der Engländer in Afrika noch die Grindel der primitiven Sklaverei der Zwangsarbeit, die verächtliche Form der Sklaverei, eine bedeutende Rolle spielt. Die Tatsache, daß in den Jahren nach dem Weltkrieg großartige Sklavenjagden im französischen Sudan zu einem öffentlichen Skandal zu werden drohten, zwang sogar den Völkerbund, die verächtliche Ausbeuter-A-G., sich mit der Frage der Sklaverei zu beschäftigen. Un- dies, nachdem schon im Jahre 1889 die Brüsseler sogenannten Antisklavereialte von 17 Nationen unterzeichnet worden sind. Auch die schongeleiteten Berichte an die Mandatskommission des Völkerbundes geben Zustände angedeutet, die das wahre Gesicht der modernen Kolonialwirtschaft nur schlecht verhüllen.

Zum besseren Verständnis der Bedeutung dieser Dinge seien kurz die Entwicklungslinien der kapitalistischen Kolonisation geschildert. Der Kapitalismus entwickelt sich in einem naturwirtschaftlichen Mittel, was dies nun die primitive Bauernkommune mit Gemeineigentum an Grund und Boden, feudale Fronwirtschaft oder dergleichen sein. Das Kennzeichen der Naturwirtschaft ist die Produktion für den Selbstbedarf, was die Gebundenheit des Produzenten an das wichtigste Produktionsmittel, den Boden, zur Folge hat. Das Kapital braucht jedoch eine Marktwirtschaft, „freie“ Arbeiter, und stößt sich an den Schranken der Naturwirtschaft. Der Kampf gegen den Feudalismus in Europa und gegen die gesellschaftlichen primitiven Formationen in den außereuropäischen Ländern, die Entstehung der Kolonialpolitik ist die Folge des Entwicklungsdranges des Kapitals. Rosa Luxemburg führt in ihrer „Kolonialisierung des Kapitals“ als wirtschaftliche Zwecke des Kapitalismus im Kampfe mit naturwirtschaftlichen Gesellschaften folgende an:

1. sich wichtiger Quellen von Produktionskräften direkt zu bemächtigen, wie Grund und Boden, Wasser, Eisen, Edelmetalle, Erze, Erzeugnisse exotischer Pflanzenwelt, wie Kautschuk usw.;
  2. Arbeitskräfte freizumachen und zur Arbeit für das Kapital zu zwingen.
  3. die Warenwirtschaft einzuführen;
  4. Landwirtschaft vom Gewerbe zu trennen.
- Dieser Weg ging der Kapitalismus in den Kolonialländern. Auf den Häusern, der Glaserei, abgelegte Kleider, Fasel und andere Gegenstände der Zivilisation, die Arbeitsprodukte der Eingeborenen eintauschte, folgte der Missionar. Ihm folgte der Goldsucher und der Verwaltungsbeamte, unter dessen Schutze die „Befreiung“ der Eingeborenen von ihrem Grund und Boden mit den Mitteln der Gewalt oder des Betruges vor sich ging. So schufen sich Spanien und Portugal im 17. Jahrhundert, Frankreich und Holland im 18. Jahrhundert, England und Deutschland im 19. Jahrhundert ihre mächtigen Kolonialreiche und bedekten den Boden, den der Kapitalismus auf seinem Siegeszug durch die Welt be- at, mit der Hunderttausende zählenden Opfern, die zu Ehren des bösen Kapital in Vergessenheit verfielen, wie die indianische Bevölkerung Süd- und Mittelamerikas, auf Plantagen zu Tode geföhrt wurden wie die amerikanischen Negler, oder verhungerten, wie die Millionen von Indern oder Hereros in der Kalahari. Der Länderraub und der Menschenraub hatten in den Kolonialländern grandiose Formen angenommen, wurden aber durch den Weltkrieg noch dadurch übertrumpft, daß man Hunderttausende von Indern, Annamiten, Negern und Indianern vier Jahre hindurch auf die europäischen Schlachtfelder schickte.

Es wird keinen Kenner dieser Dinge Wunder nehmen, wenn er hört, daß man in den Kolonialverwaltungen mit großer Sorge auf die entwerteten Gegenden Afrikas blickt und der Frage des Arbeitermangels steigende Aufmerksamkeit zuwendet. Man beginnt allmählich, den Eingeborenen Afrikas als ein seltenes Gut zu pflegen und ihn der Obhut der Beamten anzuvertrauen. Andererseits sucht man die offene Gewaltanwendung bei der Heranziehung eingeborener Arbeiter zu Wege, Eisenbahn- und Brückenbauten und ähnlichen Arbeiten durch die verächtlichen Formen der Zwangsarbeit zu ersetzen. In einigen Gegenden, besonders Westafrikas, ist man sogar soweit gegangen, den Arbeitseifer der Eingeborenen durch Anreizung auf eigener Scholle zu heben und sie auf eigene Rechnung wirtschaften zu lassen. So sind denn aus ehemals naturwirtschaftlich produzierenden Regern kleine, größtenteils verschuldete, vom Weltmarkt abhängige Farmer geworden und damit die endgültige Befreiung der Naturwirtschaft wenigstens in diesen Gegenden erfolgt. In den meisten Fällen bleiben die Maßnahmen der Kolonialverwaltungen zum Schutze der Eingeborenen auf dem Papier. Der Gouverneur und jeder Bezirkshauptmann in den reichen Gebieten sind Könige im kleinen und herrschen unumschränkt. Erst kürzlich wurde die Deffektivität in England und Frankreich durch einen Skandal alarmiert, der sich in der englischen Kolonie Sierra Leone ereignete. Dort wurde ein weißer Sklavenhändler vom höchsten Gericht freigesprochen, der einige entlaufene Sklaven mit Gewalt zurückgeholt hatte und wegen Körperverletzung in erster Instanz verurteilt worden war.

Dieses unglaubliche Urteil, das eine offizielle Anerkennung der Sklaverei bedeutet, war auch den britischen Kolonialbehörden in London unangenehm, da das Kolonialprestige schon durch die Vorgänge auf den ehemals deutschen Samoa-Inseln etwas gelitten hatte und die Kolonialkreise Frankreichs den Fall begierig aufgriffen. Die Deffektivität begann sich mit den Zuständen in den Kolonien zu beschäftigen. Schließlich wurde das Arbeitsamt in Genf mit einer Untersuchung über die Lage der Eingeborenen in den Kolonien und über die Zwangsarbeit betraut. Die bisherigen Ergebnisse, die sich natürlich auf offizielle Berichte der Kolonialbehörden stützen, geben folgendes Bild von der Verbreitung der Sklaverei und Zwangsarbeit:

und der Verwaltungsbeamte, unter dessen Schutze die „Befreiung“ der Eingeborenen von ihrem Grund und Boden mit den Mitteln der Gewalt oder des Betruges vor sich ging. So schufen sich Spanien und Portugal im 17. Jahrhundert, Frankreich und Holland im 18. Jahrhundert, England und Deutschland im 19. Jahrhundert ihre mächtigen Kolonialreiche und bedekten den Boden, den der Kapitalismus auf seinem Siegeszug durch die Welt be- at, mit der Hunderttausende zählenden Opfern, die zu Ehren des bösen Kapital in Vergessenheit verfielen, wie die indianische Bevölkerung Süd- und Mittelamerikas, auf Plantagen zu Tode geföhrt wurden wie die amerikanischen Negler, oder verhungerten, wie die Millionen von Indern oder Hereros in der Kalahari. Der Länderraub und der Menschenraub hatten in den Kolonialländern grandiose Formen angenommen, wurden aber durch den Weltkrieg noch dadurch übertrumpft, daß man Hunderttausende von Indern, Annamiten, Negern und Indianern vier Jahre hindurch auf die europäischen Schlachtfelder schickte.

Es wird keinen Kenner dieser Dinge Wunder nehmen, wenn er hört, daß man in den Kolonialverwaltungen mit großer Sorge auf die entwerteten Gegenden Afrikas blickt und der Frage des Arbeitermangels steigende Aufmerksamkeit zuwendet. Man beginnt allmählich, den Eingeborenen Afrikas als ein seltenes Gut zu pflegen und ihn der Obhut der Beamten anzuvertrauen. Andererseits sucht man die offene Gewaltanwendung bei der Heranziehung eingeborener Arbeiter zu Wege, Eisenbahn- und Brückenbauten und ähnlichen Arbeiten durch die verächtlichen Formen der Zwangsarbeit zu ersetzen. In einigen Gegenden, besonders Westafrikas, ist man sogar soweit gegangen, den Arbeitseifer der Eingeborenen durch Anreizung auf eigener Scholle zu heben und sie auf eigene Rechnung wirtschaften zu lassen. So sind denn aus ehemals naturwirtschaftlich produzierenden Regern kleine, größtenteils verschuldete, vom Weltmarkt abhängige Farmer geworden und damit die endgültige Befreiung der Naturwirtschaft wenigstens in diesen Gegenden erfolgt. In den meisten Fällen bleiben die Maßnahmen der Kolonialverwaltungen zum Schutze der Eingeborenen auf dem Papier. Der Gouverneur und jeder Bezirkshauptmann in den reichen Gebieten sind Könige im kleinen und herrschen unumschränkt. Erst kürzlich wurde die Deffektivität in England und Frankreich durch einen Skandal alarmiert, der sich in der englischen Kolonie Sierra Leone ereignete. Dort wurde ein weißer Sklavenhändler vom höchsten Gericht freigesprochen, der einige entlaufene Sklaven mit Gewalt zurückgeholt hatte und wegen Körperverletzung in erster Instanz verurteilt worden war.

Dieses unglaubliche Urteil, das eine offizielle Anerkennung der Sklaverei bedeutet, war auch den britischen Kolonialbehörden in London unangenehm, da das Kolonialprestige schon durch die Vorgänge auf den ehemals deutschen Samoa-Inseln etwas gelitten hatte und die Kolonialkreise Frankreichs den Fall begierig aufgriffen. Die Deffektivität begann sich mit den Zuständen in den Kolonien zu beschäftigen. Schließlich wurde das Arbeitsamt in Genf mit einer Untersuchung über die Lage der Eingeborenen in den Kolonien und über die Zwangsarbeit betraut. Die bisherigen Ergebnisse, die sich natürlich auf offizielle Berichte der Kolonialbehörden stützen, geben folgendes Bild von der Verbreitung der Sklaverei und Zwangsarbeit:

Gegenwärtig findet man noch Sklaverei in der Zone Afrikas verbreitet, die sich südlich der Sahara ostwärts bis an den ägyptischen Sudan und südwärts bis zum Kongosündsee erstreckt. Immer wieder kommen Nachrichten über Sklavenjagden und Sklavenhandel in diesen Gegenden. Die Formen der Sklaverei sind indes nicht überall dieselben. Teils handelt es sich um Zwangs-

arbeit mit Tributzwang, teils mildere Form der Hausflaverei, wobei durch sogenannte Sklavenpatente dem Sklaven ein gewisser Schutz bei Alter und Krankheit gewährt wird. Bei der Freilassung fällt die natürliche Fort. Oft sind die Arbeitsbedingungen, die an die Stelle der Sklaverei treten, noch schlechter als sie vorher waren, was auch in dem Bericht des Arbeitsamtes ausdrücklich erwähnt wird. Es genügt daher keineswegs, die Sklaven für frei zu erklären, man muß ihnen auch Lebensmöglichkeit gewähren. Die Maßnahmen der Verwaltung laufen darauf hinaus, sie im besten Falle zu kleinen Pächtern zu machen, die von den großen Oel-, Gips- oder Kalksteinfirmen abhängig sind. Ueber den Umfang der Sklaverei gibt eine Erhebung an, daß sie z. B. in der englischen Kolonie Sierra Leone rund 25 Prozent beträgt. Zwei andere Gebiete, in denen die Sklaverei herrscht, liegen in Ägypten. In Ober-Ägypten, nahe der Grenze von Assam in Vorderindien, bestehen noch Sklaverei, Kopfschlag und Menschenhandel. Rund ein Drittel der Bevölkerung, die zum Mongolentypus gehört, sind Sklaven, davon rund die Hälfte uneingeschränktes Eigentum des Herrn. Hier haben die Engländer im Jahre 1925 mit den Häuptlingen ein Abkommen getroffen, wonach den Sklaven die Möglichkeit gewährt werden soll, sich zum Preise von 80 Rupien frei zu kaufen. Die Summe wird von der indischen Regierung vorgeschossen, muß aber von dem freigelassenen zurückgezahlt werden, was in Anbetracht der Höhe keineswegs leicht ist. Im Königreich Nepal gab es bis zum Jahre 1925 bei einer Bevölkerung von rund 5 1/2 Millionen Köpfen 15 719 Sklavenbesitzer und 51 419 Sklaven. Die indische Regierung meldet, daß bis 1926 diese Sklaven gegen einen Kaufpreis von 275 250 £ (5 505 000 RM.) freigelassen worden sind. In Syrien leben noch die Hinterbliebenen, Frauen und Kinder der durch die Türken im Jahre 1916 niedergemetelten Armenier mit den übrigen Stämmen in einem Zustand, der dem der Sklaverei sehr ähnlich ist. Ueber Sklavenjagden wird auch in dem südlichen Libanon und den angrenzenden Provinzen des südöstlichen Sudan, Kenia und Uganda berichtet.

Viel bedeutamer als die Nachrichten über das Bestehen der Sklaverei sind die Berichte über die Zwangsarbeit der Eingeborenen, jene offizielle, sanktionierte Sklaverei, die der anderen an Härte und Grausamkeit nichts nachgibt. Sie hängt aufs engste mit dem durch Jahrhunderte hindurch getriebenen Raubbau an menschlicher Kraft, veränderten Menschenmangel zusammen. Der Regier ist im tropischen Klima, in Gebieten, wo selbst das Tier nicht leben kann, der einzige verfügbare Arbeiter. Mit List und Gewalt, oft mit aktiver Unterstützung der Beamten, werden daher die Eingeborenen manchmal auf viele Jahre als Träger angeworben und in ferne, von Krankheiten heimgesuchte Gebiete geführt, in denen das Entlaufen den sicheren Tod bedeutet und sie daher den Herren auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Man kann es den Eingeborenen nicht verübeln, wenn sie sich nach Möglichkeit dem Trägerdienst zu entziehen suchen. Hier tritt nun das System der Zwangsarbeit in Kraft. Für Brücken- und Wegebauten oder für den Bau von Kasernen und Eisenbahnen werden die stärksten Männer der umliegenden Stämme bestimmt und im Weigerungsfalle schwere Strafen verhängt. Um die Massenabwanderung nach anderen Gebieten, die unter der Hoheit eines fremden Staates stehen, zu verhindern, wird das Recht der Freizügigkeit beseitigt. So wird durch den Erlass vom 2. Juli 1925 in Franz.-Kamerun die Abwanderung nach Britisch-Kamerun nur bei Hinterlegung einer unerschöpflichen Kaution von mindestens 500 Franken und nur mit Genehmigung des französischen Kommissars gestattet. Hier treibt die Zwangsarbeit besondere Blüten. So wurden zu Eisenbahnbauten im Jahre 1925 6000 Eingeborene rekrutiert. Der Tageslohn beträgt bei 10-stündiger Arbeitszeit 1,90 Franken (etwa 80 Pf.).

Neben dieser Form der Zwangsarbeit besteht noch die Steuerarbeit. Von jedem erwachsenen Eingeborenen können 10 Tage unentgeltliche Arbeit im Jahre gefordert werden, jedoch kann sich dieser laut Erlass vom 1. Juli 1921 für 2 Franken pro Tag freikaufen. Andere Gebiete, in denen Zwangsarbeit üblich ist, sind zum Beispiel alle afrikanischen Kolonien, Madagaskar, der Irak und die britischen Malayenstaaten.



# Aus aller Welt

## Wieder ein Opfer des Nordatlantikers

Nachdem sich sämtliche Meldungen über den Flug des englischen Fliegers D. L. C. als unbestimmte Gerüchte herausgestellt haben, müssen die Flieger aufgegeben werden.

In amerikanischen Zeitungen sowohl wie in Kreisen der Wetterfachverständigen betrachtet man den Versuch D. L. C. als eine unverantwortliche Waghalsigkeit, da ein Flugzeug in dieser Jahreszeit auf dem Ozean kaum Rückenwinde finden und gegenwärtig in der Mitte des Atlantik sogar ein bedeutendes Sturmzentrum zu wässern hat. In der Gegend von Neufundland sollen genügend feuchte Nebel vorhanden sein, um die Tragflächen des Flugzeuges mit einer dicken Eiskruste zu bedecken, was auch seinerzeit, wie man annimmt, Kungesser und Goll in den Tod getrieben hat.

### Sublow ausgewiesen?

Der Kölner Regierungspräsident hat den Gemahl der Prinzessin Victoria, Alexander Sublow, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen. Sublow soll bereits das Reichsgebiet verlassen haben und sich auf dem Wege nach Afrika befinden, während seine Gattin, von der Ausweisung nicht betroffen, sich zurzeit wieder in Bonn befindet.

Su der Meldung, daß der Regierungspräsident von Köln den

Russen Alexander Sublow aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen habe, erzählt eine Berliner Korrespondenz, daß dem Reichsbesitzer Sublow, Rechtsanwalt Dr. Lisberg, von dieser Maßnahme bisher offiziell nichts bekannt geworden ist. Von dieser Seite wird auch die Nachricht bemerkt, daß Sublow bereits Deutschland verlassen habe. Sublow habe noch vor ganz kurzer Zeit aus Bonn geschieden und nichts über eine geplante Abreise verlauten lassen. Es ist damit zu rechnen, daß gegen die Ausweisungsvorschrift Beschwerde beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz eingelegt wird.

Warum sollte Sublow auch verschwinden, bevor er nicht noch den Rest des Vermögens verjagt hat, über das seine Frau dank der dem Volk abgeprechten Dohsenzollernabfindung verfügt?

### Sieben Gebäude zerstört.

In Hohen-Heinendorf (Kreis Randow) kam am 2. April ein Feuer aus, das schnell große Ausdehnung annahm. Die mit Frucht und landwirtschaftlichen Geräten gefüllte Scheune brannte nieder. Ferner wurden ein Schuppen und zwei Ställe ein Raub der Flammen, während die beiden Wohnhäuser durch Löschwasser usw. schwer beschädigt wurden. Trotz angestrengter Arbeit der Feuerwehren aus der Umgegend, auch aus Garz, griff der Brand auch auf die benachbarten Scheunen zweier Bauernhofbesitzer über. Beide Gebäude wurden ebenfalls vernichtet. Schließlich brannte noch ein Scheunen- und Stallgebäude, das drei Familien gemeinsam

gehört, nieder. Insgesamt sind also sieben Gebäude niedergebrannt. Ueber die Ursache des Feuers konnte noch nichts festgestellt werden.

Liebestragödie in einem Wiener Hotel. In einem Wiener Hotel hat sich eine Liebestragödie abgespielt, deren Opfer ein 20jähriger Mann und ein 16jähriges Mädchen waren. Sie hatten um 22,30 Uhr in dem Hotel ein Zimmer gemietet und sich eingeschlossen. Gegen 23,30 Uhr verließ ein Gast das benachbarte Zimmer und sagte, als er das Hotel verließ, zu dem Portier: „Sie, neben mir im Zimmer ist ein Paar, das sich das Leben nehmen will.“ Der Portier und das Stubenmädchen begaben sich hierauf vor die Zimmertür des Paares, und der Portier hörte, wie das junge Mädchen sagte: „Du, das wird ein großer Spaß werden.“ Als geöffnet wurde, suchte er das Zimmer nach Schußwaffen ab, konnte aber keine finden. Er entschuldigte sich bei den jungen Leuten, schickte jedoch später noch einmal das Stubenmädchen ins Zimmer. Es klopfte an, und knupp darauf hörte es die Detonation von zwei Revolvergeschossen. Als die Tür aufgebrochen wurde, konnte nur noch der Tod des Paares festgestellt werden.

### Achtung, Einfender!

Eine Reihe Berichte (besonders Jugend-, Sport-, Privatanschriften und Rundfunkbriefe) mußten noch zurückbleiben. Sie werden in den nächsten Tagen gebracht werden.

# Meine Preise noch nie so billig!

Durch außergewöhnlich günstigen Abschluß biete ich an:

Einen Posten Damen-Spangenschuhe in verschiedenen Farben und Ausführungen **7.90**

Einen Posten Spangenschuhe teilweise G.W. in Lack und leinfarbig **8.90**

Herrn-Agraffen-Halbschuhe braun Lack, Lack mit Wildleder in verschiedenen Formen **12.50, 11.00, 9.90**

## Konfirmanden-Schuhe billigst! Schuhvertrieb

Ottauer Straße 29, I.

Kein Laden!

Neben Wurstfabrik Dietrich!

Kein Laden!



## Sie verdienen täglich

10 Mark mit Schnürsenkel. Nur p-p-s-l. kommen

### Reste

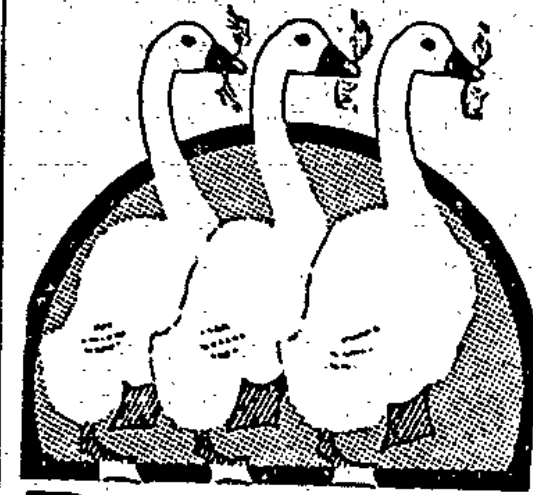
n Serge, Kette, Seimwand, Aermelfutter, Rohhaar Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware

Detail an d. Ennos Berth. Lipper!

Breslau Heinrichstraße 16 Filiale: Oberstr. 17 Weißberggasse 43



## Görlitz



## Bettfedern

Su anturere den Preisen, staubfrei, doppelt gewaschen, ohne Zwischenhandel, direkt ab Fabrik kaufen Sie preiswert u. billig in der Oederbrucher Federfabrik **Frikauer, Görlitz, Breite Str. 1** Täglich Bettfedernreinigung mit elektr. Betrieb bei billiger Berechnung.

## Weißstein

### Amtl. Bekanntmachung von Weißstein

Der Gemeinde - Kindergarten beginnt nach Ostern am **Dienstag, den 10. April 1928** Montag, den 2. April 1928 von 9 bis 12 Uhr, finden die Neuaufnahmen in den Kindergarten statt. Kostenschein ist mitzubringen. **Weißstein, den 2. März, 1928** Der Gemeinde - Vorsteher **Vertwig**

## Lauban

**Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik** **Gerhard Hentschel** Lauban i. Schl. Telephon 233 **Frühstücksube**

## Strehlen

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Platten Ersatzteile = Reparaturen **Oskar Kleiner** Strehlen i. Schles., Schulplatz 14/15

## Häslicht

Sofas, Chaiselongues und Matratzen werden sauber u. preiswert ausgeführt **Alfred Weiß, Sattlerei Häslicht**

## Deutsch-Lissa

**Achtung!** Der werten Kundenschaft zur Kenntnis daß che ner Anzeige meines Mieters des Zimmermanns Herrn Robert Dollinger zuzolge, am Sonntag Waren nicht mehr verabsolgen darf **Paed. Fleischermeister** **Deutsch-Lissa, Dytrentfurter Str. 12**

## Beuthen

**Paul Bromisch** Feinste Fleisch-, Wurst- und Räucherwaren **Beuthen O. S., Piekarer Str. 29**

## Metallbetten

Anfertigungsmatratzen aus eigener Werkstatt **Koppel & Taterka, Hindenburg** Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190 **Beuthen, Bierer Straße 23** Telephon 2048, 2049

## MIFA - Fabrikverkaufsstelle

**Franz Dylla** Beuthen, Kaiserplatz 2 verkauft **Qualitäts-Fahrräder** direkt ab Fabrik. Kataloge kostenlos.

# 25, 50, 1M, 2M, 3M Serienpreise

## Montag früh beginnen unsere Serientage!

Seit Monaten haben wir sie vorbereitet und

# eine Riesenleistung

ist das, was wir Ihnen bieten!

## Kommen Sie nach der Schmiedebrücke

und sehen Sie sich auch an was Sie alles für wenig Geld bekommen können. Dann gibt es sicher nur einen Entschluß:

# Rein zu Messow!

Während dieser Tage **Serien-Sonder-Verkauf** von **Damen-, Kinder- und Herren - Bekleidung**



Während dieser Tage **Serien-Sonder-Verkauf** von **Damen-Hüten** in den schönsten, modernen Frühjahrsfarben zu den **billigsten Einzel-Preisen!**

Partei-genossen!

Beachtet!

bei allen Einfänden

immer nur unter

Insurgenten!

# HAASE-BIERE

Schlesiens beliebte Marken



# Breslau

## An den Gräbern der im Kapp-Putsch Gemordeten demonstriert morgen Breslaus Proletariat

Die Abteilungen des R.P. treten an:

- Abt. 1: „Zur Eisenbahn“, Brüderstraße 79, um 11 Uhr.
- Abt. 2: Nauschplatz um 10 1/2 Uhr.
- Abt. 3: Matthiasplatz um 11 Uhr.
- Abt. 4: Anglerheim, Lenthenstraße, um 10 1/2 Uhr.
- Abt. 5: Rante-Friedrichstraße 41, um 11 Uhr.
- Abt. 6: Ebnendor.

### Haupt am: Platz Neumarkt, P. Maria 11.45 Uhr

Alle Parteigenossen und -genossen, alle Mitglieder der Roten Hilfe und der anderen betroffenen Organisationen, sowie alle Arbeiterpartei, sämtliche Leser der „Arbeiter-Zeitung“ und Sympathisierenden nehmen an der Demonstration teil!

### Kruze Fauschungen

Gestern versuchte die polizeiliche Polizei zweimal im Büro des Kommunistischen Jugendverbandes auf der Fischer-gasse Fauschung abzugeben. Doch stets war dieses verschlossen und die Schlüssel nirgends zu finden. Mit betrübten Gesichtern mußten die Kriminalbeamten heutelos abziehen. Wenns tröstet — unser Beileid!

### 4000 Mark Goldstraße Nr. Emil Fache

In der Strafsache gegen den Vorkämpfer Emil Fache fand auf die beiderseits eingelegte Verurteilung hin die Hauptverhandlung statt. Der Vertreter der Anklage hielt diese im wesentlichen aufrecht. In zwei Punkten, in denen seinerzeit Verurteilung erfolgte, wurde der Angeklagte diesmal freigesprochen.

Tagegen erfolgte Verurteilung in zwei anderen Punkten, in denen das Große Schöffengericht damals zum Freispruch gelangt war. Die nunmehrige Verurteilung betraf den Fall der gutgeschriebenen Dividende auf Schutzaktien, wofür das Gericht eine Geldstrafe von 2000 Reichsmark festsetzte; ferner erfolgte Verurteilung, da durch Fache die gesetzliche Frist zur Neuwahl des Aufsichtsrates nicht innegehalten wurde. Auch hierfür wurde auf eine Strafe von 2000 Reichsmark erkannt. Gegen das Urteil soll Revision eingelegt werden.

### Butter- und Gemüsepresse sind bedeutend gestiegen

Die kalte Witterung hat sofort ein Anziehen der Preise zur Folge gehabt. Die Gemüsepresse der Markthalle bringen: Salat der Kopf 40 und 50, Radieschen 60, Kapuziner das Pfund 2,50 und 3 Mark, Spinat 1 Mark, Sellerie von 30 Pf. an, Weiskohl 30, Weißkohl 20, Blaukohl 35, Mohrrüben 20 bis 35, Zwiebeln 30, Erbsen 15 bis 20, Rote Rüben 15 bis 20, die Rose Blumenkohl von 80 Pf. an, ein Bündel Schnittlauch 8 und 8 und Kartoffeln 6 Pf. Die Fleisch- und Fleischpreise haben sich gegenüber der Vormache nicht verändert. Die Butterpreise sind dagegen gestiegen. Für das Pfund Mollereibutter zahlt man 2,30 Mark und für Landbutter 1,95 und 2 Mark. Die Eier kosten durchschnittlich 11 Pf. Margarine ist von 84 Pf. an und reines amerikanisches Schweinefleisch von 70 Pf. an zu haben.

### Wo sind die vier Vermissten?

Die polizeilichen Nachforschungen nach den verschwindenden vier Breslawern haben nach Wartha geführt. Die Vermissten sollen beobachtet worden sein, als sie nach Glatz weitermarschierten.

### Nachtrag zur Stadtratsordnungsplanung

Nach der Stadtsitzung wurde der Dringlichkeitsantrag, Bildung einer „Schlichten Philharmonie“ aus den Musikern des Stadttheaterorchesters und des Landesorchesters mit finanzieller Unterstützung von Stadt und Provinz in den Ausschuss verwiesen.

Die „Jubiläumsspende“ an die Straßenbahnen beschäftigte dann wieder einmal die Sitzung. Ruffert (Soz.) als Berichterstatter fand an der ablehnenden Haltung des Oberbürgermeisters „eigentlich etwas Wahres“. Der Oberbürgermeister vertrat noch einmal seinen ablehnenden Standpunkt. Aus Wahlaktivist waren selbst die Deutschnationalen gegen den Magistrat. Genosse Adelt wies auf die schlechten Löhne der Straßenbahner hin, so daß diese schon auf die 10 Mark brennen würden. Zu fragen sei, wer war im Magistrat gegen die Auszahlung? Bei dem „Jubiläumsspende“ würden nur die Günstlinge der Verwaltung etwas erhalten. Man hat durch die Straßenbahnverwaltung oftmals Geld vollkommen unnötig verpulvert, während man hier, wo es gut angelegt werde, angeblich keines hat. Man beschloß, die Frage in einer späteren Sitzung zu entscheiden. — Eine Weidenhofer Frachtangelegenheit gab Genossen Ammon Veranlassung, auf die merkwürdige Haltung städtischer Richter hinzuweisen. (Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen.) — Von der Bejeitigung der Vorgärten auf der Gräberstraße zwischen Friedrich- und Hochstraße soll vorläufig Abstand genommen werden. — Gegen eine Vorlage auf weitere Erhöhung der Rabatte für elektrischen Strom erhob Genosse Ammon schärfsten Protest. Die Kommunisten fordern im Gegenteil Verbilligung der Gebühren für die Kleinabnehmer. Voigt (Soz.) erklärte die Zustimmung (!) der SPD-Fraktion zu der Vorlage, die schließlich in den Ausschuss ging. — Die Behandlung der Eingemündungsanträge nahm längere Zeit in Anspruch. Gegenüber sozialdemokratischen Lügen stellte Genosse Ammon fest, daß gerade die Kommunisten es waren, die die weitgehende Eingemeinderungsforderung unter Berücksichtigung von Brodau usw. erhoben. Die Sozialdemokraten aber waren es, die vor dem Druck der Landkreiszugzwänge und der erweiterten Eingemeindung nicht zustimmten. — Entschuldig lange wurde über die Zuschüttung eines Stadigrabenstückes am Wilhelm-Denkmal gelobert. „Gesundheit“ und „Metapher“ wurden mit „monarchistischer Pietät“ in die Diskussion geworfen. (SPD.) Voigt machte sogar in „Ehrit.“ Schluß wurde beschlossen, nur dann zuzuschütten, wenn die Firma, die den Vertieft-Abbruch durchführt, die Gesamtkosten der Zuschüttung übernimmt. Da das kaum der Fall sein dürfte, wird wahrscheinlich die Zuschüttung unterbleiben. Nach fast fünfständiger Dauer war Schluß der Sitzung. Die nächste findet bereits wieder am kommenden Montag statt.

Die „Tribüne“ bleibt verboten. Die von dem Verleger der „Tribüne“ gegen das dreimonatige Verbot eingelegte Beschwerde wurde vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts abgewiesen.

Die Sportsonderzüge in die schlesischen Gebirge verkehren auch am Sonntag nach dem üblichen Fahrpläne.

# Zum Gedenken der Breslauer Märzopfer

Am Kopf unserer „Arbeiter-Zeitung“ ist zu lesen: Begründet von Bernhard Schottlaender (März 1920 ermordet).

Heute schreiben wir das Jahr 1928. Und wieder ist es März geworden. Einige Worte des Gedenkens darum an Bernhard Schottlaender und die anderen Opfer des Kapp-Putsches.

Wir wollen Bernhard Schottlaender am Anfang nennen. Wenn es auch wahr ist, daß das Proletariat seinen Kampf als Klasse, als Gesamtheit, führt und der einzelne Prolet nichts minderes ist als der Führer, so ehrt doch die Arbeiterklasse ihre hervorragendsten Vertreter, jene, die in der Schlacht an der Spitze standen und dort fielen, Genossen, die den anderen leuchtendes Vorbild waren, ganz besonders. Und Bernhard war uns schließlichen, war allen Arbeitern ein solches Vorbild.

Er wurde am 9. Juni 1895 in Breslau geboren. Vom Kaffis-mus fand er den Weg zum Klassenkampf. Die USA, in Schlesien, die „Arbeiter-Zeitung“ waren zum größten Teil sein Welt. Mit einer Klarheit, die man bei wenigen Unabhängigen-Führern fand, erkannte er, daß der Weg, den Lenin aus Moskau der Arbeiterklasse der ganzen Welt wies, der richtige war. In unzähligen Artikeln hat er in der „Arbeiter-Zeitung“ diese Ansicht mit überzeugender Beredsamkeit vertreten. Durch Schottlaenders Wirken begannen sich in Schlesien bald die Kämpfer in der Arbeiterbewegung reinlicher zu scheiden.

Da kam am 12. März 1920 der Kapp-Putsch. Am 13. wurde Schottlaender in „militärische Sicherheitshaus“ genommen und nach Klettschan geschafft. In der Nacht vom 15. zum 16. März wurde er von drei Soldaten zu einer „Vernehmung“ nach dem General-kommando geholt. Seitdem ist er verschwunden! Mord-gierige Soldateska hat ihn irgendwo getötet. Wir wissen nicht, wo, wann und unter welchen Umständen. Seine Leiche wies, als man sie fand, keine Schußwunde auf. Man wird ihn also vielschlag erschlagen haben. Bleibt vorher noch gemartert, gequält.

Am 23. Juni 1920 schwemmte die Ober seine Leiche ans Ufer. In Deutschland herrschten unterdessen wieder „geordnete“ Zustände. Die sozialdemokratischen Minister hatten sich von der Arbeiterklasse ihre Sessel retten lassen. Das genügte ihnen; Soldateska-Mörder zu suchen, hatten sie keine Veranlassung. Am 25. Juni wurde Schottlaender beerdigt. Trotzdem der Termin nicht öffentlich mitgeteilt werden konnte, hatten sich über 2000 Arbeiter eingefunden. Am 28. Juni fand am Grabe des Gemeindefürers die Trauerfeier der

Breslauer Arbeiterklasse statt. Viele Tausende von Proleten besetzten an dem Hügel, unter dem einer der Besten ruhte, vorbei.

Mit Schottlaender waren sechs weitere Breslauer Arbeiter spurlos verschwunden. Die Kapp-Bekken hatten sie verhaftet, verschleppt und getötet. Nur die Leiche De m i t s, eines einfachen Proleten, der auch an der „Arbeiter-Zeitung“ mitarbeitete, wurde — im April 1920 — aufgefunden. Bei Carlowitz wurde sie aus der Ober gelandet; der Schädel war eingeschlagen, der Hals von einer Kugel durchbohrt. Am 21. April gaben über 6000 Arbeiter dem toten Genossen Demitich das letzte Geleit.

Was heute sind die Leichen der anderen Arbeiter — D o r o n o w, S t r a m m, M e m a n e — des Vaters von sechs mütterlosen Kindern — und der anderen Gemeindefürer noch nicht gefunden. Niemand weiß, wo sie verscharrt liegen oder welches Wasser sie mit fortgenommen hat.

Wenn morgen an den Gräbern jener, deren körperliche Überreste noch gefunden wurden, die Breslauer Arbeiter vorbeiziehen werden, dann sind ihre Gedanken auch bei jenen Genossen, deren Andenken die Kapp-Bekken durch die Beiseitigung ihrer Leichen aus der Erinnerung der Arbeiter reißen wollten. Es ist ihnen nicht gelungen und soll ihnen nicht gelingen. Alle, die im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse fielen, sind, selbst wenn kein Sarg ihre Gebeine aufgenommen hat, „eingeschreint ins große Herz der Arbeiterklasse“.

Die kommunistische Partei, die „Arbeiter-Zeitung“ werden alles tun, die Gemeindefürer zu rächen. Erst dann, wenn einmala der Märzsturm der proletarischen Revolution den Plunder Bürgerlicher „Demokratie“ hinweglegen, und die eisernen Faust der Arbeiterklasse die an den Morden Beteiligten oder für sie Verantwortlichen zerschmettern wird, darf in unserem Herzen die stets mahnende Stimme, noch eine große Nachschuld begleichen zu müssen, erklingen.

Bis zu diesem Tage soll jede Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ die Erinnerung an die größten, feigen Mordtaten des März 1920 nachhalten. Herzog und Kanehl haben das, was morgen uns allen Bewußtsein sein muß, schon in die Welt geschrien: „Noch sind nicht alle Märgen vorbei“ und „Proletarier erschlagen! Wer ragt danach? Proletarier erschlagen! Wir fragen danach!“

## SPD-Mandate noch immer umstritten

### Ein Mißtrauensantrag gegen den linken Parteivorstand angenommen

Die durch den Mandatschacher der Gewerkschaftsführer auf höchste erbitterten sozialdemokratischen Mitglieder beruhigen sich nicht. Von der Seite des Bezirksvorstandes sind zwar die größten Anstrengungen gemacht worden, die offen rebellierenden Arbeiter wieder einzulullen (und der linke Ortsvorstand hat sich diesen Bestrebungen durch rückgratlose Kompromisse sehr geneigt gezeigt), aber der Krach bleibt. Es vergeht keine Versammlung der Breslauer SPD, ganz gleich, ob Distrikt oder Stadtabteilung, in der es nicht zu

heftigen Auseinandersetzungen und Tumulten kommt. Zur tiefen Betrübnis aller Dunkelkammerleute hat die „Arbeiter-Zeitung“ überall ihre Berichterstatter. Die Verzweiflung im Lager der sozialdemokratischen Führer nimmt nachgerade tomische Formen an. Man hat sogar schon eine Belohnung demjenigen versprochen, der die Berichterstatter namhaft macht. Trotz aller Detektive sind wir heute wieder in der Lage, einige Berichte zu bringen, und zwar betreffen sie die Anfang dieser Woche stattgefundenen Abteilungsversammlungen von Nord und Ost.

Im Norden sprach Stope. In der sehr reichhaltigen Diskussion trat als Neuerscheinung in der sozialdemokratischen Angelegenheitenproduktion

Herr Häusler, Abgeordneter des Berliner Parteivorstandes, in Erscheinung, der, weil Berlin über die Breslauer sehr „entrüstet“ ist, hier den zweiten Bezirkssekretär machen soll. In der betreffenden Versammlung hatte er den ersten Krach mit den Breslauer Mitgliedern und Stope. Von einigen Rednern wurde gegen die Koalitionspolitik der SPD Stellung genommen und diese scharf verurteilt. Schließlich gelangte ein Mißtrauensantrag gegen den erweiterten Parteivorstand wegen seines Unfalles in der Stadtverordnetenfrage zur Annahme. Die anwesenden Arbeiter protestierten fast restlos gegen die Kandidatur von Ruffert, Frey, Dars usw., die sie als „nicht würdig“, Stadtverordnete zu sein, bezeichneten.

Zu wahren Tumulten kam es in der Abteilungsversammlung Ost. Dort referierte Professor Ward, den die Reichsbannermitglieder überhaupt nicht sprechen lassen wollten. Daß man zu dieser Sprengungsarbeit die indifferentesten, im Parteileben vollkommen unbewanderten, Reichsbannerleute herangezogen hatte, geht schon daraus hervor, daß diese andauernd verlangten, „Ward“ dürfe nicht sprechen. (Offenbar haben einige ganz Naive den hiesigen Professor mit Karl Marx, dem Begründer des so wenig reichsbannergeigenen Marxismus verwechselt.) Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte durfte Ward endlich reden. Er sprach sich im

übrigen für Koalitionspolitik aus, allerdings erst, wenn man „genügend stark“ ist. Während seiner Rede wurde er von einigen Reichsbannerleuten mit den unfähigsten Schimpfwörtern, wie „Stänker“ usw., bedacht. Dem die Versammlung leitenden früheren Gewerkschaftsangehörigen Schramm drohten die Reden, ihn bei der nachfolgenden Wahl „erledigen“ zu wollen. In der Diskussion sprach neben einigen Reichsbannerleuten, die mit den unfähigsten Argumenten für unbedingte Koalition eintraten, der SPD-Mann Sommer. Als er die Gewerkschaftsführer eine „Clique“ nannte, ging wie auf Kommando der Tumult los.

„Rohlfel!“ „Schmeiß ihn raus“ und ähnliche kameradschaftliche Zwischenrufe waren das einzige, was in dem minutenlangen Tumult zu hören war.

Das provokatorische auf Versammlungssprengung auslaufende Verhalten einiger Reichsbannerleute eckte sogar deren eigene Gefolgschaft an, so daß ein Teil von ihnen bei der Wahl der Abteilungsleitung für die Linken stimmte und Schramm wiedergewählt wurde.

Auch hier war der Grund der Empörung das Hinausnehmen der zuerst davongegangenen Stadtverordneten auf die neue Liste. Besonders war es der Distriktsführer Günther, der dagegen heftig protestierte. Leute wie Frey usw., meinte er, können überhaupt nicht als Arbeitervertreter bezeichnet werden. Er machte dabei einige recht interessante Mitteilungen über die Person des Gewerkschaftshausökonomens Rasch, die wir selbstverständlich unseren Lesern nicht vorenthalten werden.

Diese beiden Berichte zeigen, daß der Miß in der Breslauer Sozialdemokratie durch die notdürftig zusammengeschusterte „fertige“ Stadtverordnetenlistenliste nicht beseitigt ist. Infolge des Fehlens einer zielbewußten klaren Arbeiteropposition, die alle Konsequenzen bis zum Ende geht, hat ein großer Teil der maßlos verbitterten SPD-Arbeiter den Wahlerfolg proklamiert. Ein anderer Teil der Arbeiter, denen die SPD-Politik schon längst bis zum Hals heraushängt, und die aus Tradition ihr Mitgliedsbuch den Führern noch nicht vor die Füße geworfen haben, erklären, daß sie aus Protest gegen den insamen Kuhhandel mit den Gewerkschaftsführern und die Kandidatur Frey-Ruffert und Konsorten für die Liste der kommunistischen Partei stimmen werden.

An der Arbeit unserer Genossen im Betrieb und in Gewerkschaft wird es nunmehr liegen, dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeitskollegen zu bewußten Kämpfern gegen die reformistische sozialdemokratische Ideologie werden und erkennen, daß es Zeit ist, Schluß zu machen mit dieser Partei, die jeden Anspruch verloren hat, sich sozialistisch zu nennen.

Tot aufgefunden wurde im Scheitniger Park ein unbekannter Mann. Er hatte auf doppelte Art Selbstmord verübt, indem er sich an der Banklehne erhäng und gleichzeitig eine Kugel in den Mund jagte.

Ein Kind vermisst. Der sechsjährige Sohn einer Gastwirtin vom Matthiasplatz ist spurlos verschwunden.

Gewerkschaftshauslichtspiele. Palast und Festung. Dieser russische Film, der die Barbareien und Verbrechen des Parismus in der Zeit Alexander des Zweiten schildert und in den Mittelpunkt der Handlung das Schicksal eines durch zwanzigjährige Festerkerung schwachsinntig gewordenen Offiziers stellt, ist angeht die Erinnerung an die Märzrevolution besonders aktuell und wirksam. Gute Aufnahmen und die bekannte bis ins kleinste Detail gebende Charakterisierungskunst zeichnen auch dieses neue Stück der russischen Filmproduktion aus. — „Das Meer“, nach dem bekannten Roman von Keller mann verfilmt, sowie die Gemella-Boche ergänzen das außerordentlich gute Programm.

### An alle Parteigruppen!

Die für Sonntag, den 18. März, angelegten Unterbezirkskonferenzen der Partei fallen aus. Sie finden dafür am 1. April statt.

Die Stadtdelegiertenkonferenz Breslau findet Sonntag 9 Uhr bestimmt im Vergleiter, Klettschanstraße, statt. Es müssen anwesend sein die Delegierten der Breslauer Stadtteile und die Vertreter aus den eingemeindenden Orten.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Ober-Hermendorf. Sonntag 18 Uhr im Gerichtskreisam März-gesellenfeier.
  - Görlitz. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Felsenkeller“.
  - Kommunistischer Jugendverband
  - Breslau
    - Südwest. Alle Funktionäre Sonnabend 20 Uhr im Sekretariat Sifhergasse 22. — Sonntag alles Antreten zur Demonstration.
  - Roter Frontkämpfer-Bund**
  - Breslau
    - Abt. 1. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend in der „Eisenbahn“, Brüderstraße 79. Thema: Unser Kameradschaftsfeiern.
    - Abt. 2. Sonnabend 19 Uhr Antreten Laurentiusstraße zum Kameradschaftsfeiern nach Schwittsch.
    - Abt. 5. Montag 20 Uhr im „Zurmhof“ Generalversammlung. Alle Kameraden der Partei eine Stunde früher.
  - Untergang Waldenburg. Die Untergangsführertragung findet am Sonnabend in Nieder-Hermendorf, Vorkerschütte, um 18 Uhr statt. Referent anwesend.
  - Freiburg. Sonnabend 20,30 Uhr Mitgliederversammlung.
  - Zeigig. Sonnabend 20 Uhr im Restaurant Christensen Versammlung.
  - Sonstige Organisationen
  - Wittwarfer. Rote Hilfe. Sonntag 8 Uhr alles am Zurmhof zur Werbung.







# Oberschlesien im Blicklicht

Der religiöse Sozialismus hat nunmehr auch in Oberschlesien seinen Einzug gehalten. Herr Koiß, der Chefredakteur des „Vollstättes“ in Hindenburg, ist sein Apostel. Das bekannte bereits geflügelte Wort unseres Hausdichters:

„Sind Sie auch dem religiösen Wahn hold?“

„Bitte sehr, mein Name ist Koiß.“

bedarf daher einer Variation. Allerdings bei Herrn Koiß (was reinlich auf solchen) keine leichte Sache. In Nummer 60 des genannten Blattes hielt der hoffnungsvolle Chefredakteur mit dem nicht zu verzeihenden Namen den sozialdemokratischen Arbeiter eine Kapuzinerpredigt, die die sozialdemokratische Grundlosigkeit in ihrer ganzen Erbärmlichkeit kennzeichnet. Herr Koiß beglückte seinen Sonntagartikel mit von Banalitäten und Absurditäten sowie Plathelien wimmelnden Betrachtungen. So schreibt er u. a.: „Ein Funktionär der Arbeiterbewegung, der nicht bereit ist, seine Ansichten in Fragen der Methodik und der Taktik zu verbessern, hat seinen Beruf verfehlt und soll sich lieber bei irgendeiner Glaubensgemeinschaft als Facharbeiter für Dogmatik anstellen lassen.“ Und dann folgender prächtiger Satz: „Wer nicht mehr die Kraft zum Bekenntnis der eigenen Schwächen besitzt, bemerkt damit nur, daß er innerlich morsch ist.“ Um mit seinen Banalitäten zu proben, hat der sozialdemokratische Schmol diesen letzten Satz fett drucken lassen. Als ob jemals die Notwendigkeit der Selbstkritik in der Arbeiterbewegung bestritten worden wäre. Nachdem Koißchen sich eine Spalte lang über die Notwendigkeit, Fehler zu vermeiden und Selbstkritik zu üben, ausgeschleimt hat, rüde er endlich mit der Sprache heraus und bezeichnet die bisherige Stellung der Sozialdemokratie und die Einstellung ihrer Agitation bei der Parteilichkeit gegenüber der katholischen Kirche als falsch und schreib: „Es ist zweifellos notwendig, den falschen Glauben zu zerlegen, daß die Arbeiterschaft mit Naturnotwendigkeit der Gegner der Kirche und der Religion wäre. Dieser Glaube wird aber nicht durch papierne Erklärungen zerstört, ihm muß die Tat folgen, die religiösen und kirchenbezüglichen Taten in den Staats- und Kommunalparlamenten sowie bei jeder Agitationsarbeit.“

In dankenswerter Weise erklärt Koißchen auch ganz offen, wie diese kirchenbezüglichen Taten aussehen sollen und bekennt:

„Die Bewilligung von Zuschüssen an Ordensgemeinschaften, der Bau von christlichen Krankenhäusern, sie werden unter allen Umständen beschlossen, ganz gleichgültig, ob die sozialdemokratischen Kommunalvertreter dafür oder dagegen stimmen.“ Herr Koiß wird also in Zukunft dafür eintreten, daß in Oberschlesien noch mehr Kirchen, Pfarrhäuser usw. mit

kommunaler Unterstützung gebaut werden. Kirchen sind wichtiger als Wohnungen für Flüchtlinge und Obdachlose.

Prinzipien, wozu hat man Prinzipien, wenn man sie nicht zu gegebener Zeit auf dem Altar der katholischen Kirche opfern soll. Für Koißchen gibt es nur einen Gesichtspunkt, was nützt und was schadet es uns. Und würde morgen der imperialistische Weltbrand entseufelt werden, so würde dieser Typ von grundsätzlichen „Marxisten“, der sogar eine eigene „marxistische Arbeitsgemeinschaft“ ins Leben gerufen hat, mit derselben Logik erklären: „Was nützt es uns, ob wir gegen die Kriegskredite stimmen oder nicht, bewußt werden sie auch ohne uns.“ Also wiederholen wir das infame Spiel von 1914 und bewilligen Milliarden für den kapitalistischen Völkermord. Dieses Koißchen ist wirklich zum Lachen.

Das Zentrum kann mit seinem Koalitionsgenossen in Oberschlesien zufrieden sein, wenn dieser Mann Chefredakteur und Führer spielt. Es sollte uns nicht wundern, wenn demnächst im „Wanderer“ oder in der „Oberschlesischen Volksstimme“ folgendes Inserat zu lesen wäre:

Dem heiligen Antonius

herzlichen Dank

für die Erleuchtung

des sozialdemokratischen Chefredakteurs Koiß

Kardinal Fürstbischof Dr. Vertram.

Im nächsten Hirtenbrief wird das „Vollstättes“ als die geeignete Lektüre für das Haus eines jeden Katholiken gepriesen werden. Die jeilingsprechung des Koiß soll — wie die neuesten Berichte aus Moskau melden — unmittelbar bevorstehen. — Doch im Ernst: Arme sozialdemokratische Arbeiter, wie seid ihr verraten und verkauft, wenn Koiß einer Führer ist!

Zweihundert Fernmorde sind, wie der völkische Abgeordnete Dr. Fried zugegeben hat, in den Jahren 1920 bis 1922 in Oberschlesien verübt worden. Die Ermordeten waren, es kann kein Zweifel darüber herrschen, Proletarier.

Und die Mörder? Auch sie waren vorwiegend Arbeiter, Klassenengenossen, die teils verführt von der nationalen Phrase, teils korumpiert durch Marschgelder, Tagegelder usw. die sie aus dem Geheimfonds der Regierung erhielten, den Selbstschutzbündnissen beizugehörten. Ein Teil ehemaliger Arbeitermitglieder des Selbstschutzes hat rechtzeitig erkannt, daß sie mißbraucht werden sollen zum Kampfe gegen das Proletariat und haben sich rechtzeitig von den nationalistischen Führern getrennt. Sie kämpfen heute wieder in Reich und Glied in der Arbeiterbewegung.

Wie war es aber möglich, daß so viele Arbeiter den Selbstschutzbündnissen beizugehörten? Die objektiven Ursachen lagen in der Furcht vor der internationalen Kapitalistenbande, dem Versailler Vertrag, dem Abstimmungsstimmwindel mit der Korruptionsschleife als Folgeerscheinung und dem vom Kapital zur Ablenkung der unzufriedenen polnischen Arbeiter angeregten „polnischen Aufstände“. Niemals aber hätte die Selbstschutzbünde einen solchen Umfang annehmen können, wenn die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie statt mit dem nationalistischen, die Arbeiterschaft in zwei Teile reisenden Strom zu schwimmen, gegen ihn gekämpft hätten, wenn nicht die SPD-Führer Korfauts in deutscher Ausgabe gewesen wären. Es waren eben sozialpatriotische Koißchen, die Herren Roman Beder usw.

Wer erinnert sich jener Sommertage des Jahres 1922. Die französische Besatzung, unter der die gesamte werktätige Bevölkerung zu leiden hatte (die oberchlesische „Rote Fahne“ erschien unter Verzensur und wurde wiederholt verboten) war abgezogen. Die Reichswehr hielt ihren Einzug unter einem Taumel von nationalistischer Begeisterung. Was tat in jenen Tagen die Sozialdemokratie? Herr Roman Beder begrüßte im feierlichen Bratenrod und Zylinder die einziehenden Soldaten, während in den Straßen von Gleiwitz die nationalistischen Banden an Frauen und Mädchen, die im Verdacht standen, mit Franzosen verkehrt zu haben, rohe Lynchjustiz übten. Natürlich nicht an den Frauen der Bourgeoisie, die sich mit Offizieren eingelassen hatten, sondern an arbeitslosen Proletariermädchen, die sich aus Not einen gutbesoldeten französischen Soldaten zum Liebsten gewählt hatten. Jene Tage waren eine Schmach für die gesamte werktätige Bevölkerung. Die Fahlerer, die den bestialischen Taten gegenüber wehrlosen Frauen und Mädchen zujubelten, war auch in der Arbeiterschaft sehr groß. — Die Verantwortung aber auch für diese Taten trug mit der Sozialdemokratie. Sie hatte nationalistischen Wind gefächert und chauvinistischen Sturm geendet.

Zweihundert Proletarier sind die Opfer jenes Sturmes geworden, den die nationalistischen, monarchistischen Drahtzieher geschickt ausgenutzt haben. Diese oberchlesische Femeschmach muß getilgt werden. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß es sich zur Aufgabe machen, alles einzusetzen zur Aufklärung jener Verbrechen. Wir werden noch Näheres darüber schreiben, was die Arbeiter tun müssen, um uns zu helfen, die Schuldigen und ihre sozialdemokratischen Mithelfer, die Herren Eugen Czup und Oberpräsident Bismarck sowie den frommen Zentrumsmann Spieler und alle anderen Helfer und Helfershelfer an den Fanger zu stellen. Proletarier erschlagen, wir fragen danach! Das ist unser Märtschwur 1922!

Artus.

## Gleiwitz

Gleiwitz hat 104 189 Einwohner. Ein stetes Anwachsen der Einwohnerzahl von Gleiwitz ist festzustellen, so daß im letzten Monat Februar 104 000 überschritten wurden. Während noch im Januar um 104 000 35 Einwohner fehlten, hatte der Februar eine Zunahme von 224 Personen gebracht, so daß Gleiwitz 104 189 Einwohner zählt. Das Verhältnis der Zu- und Abgänge zeigt folgendes Bild: Zugewonnen sind 41 Familien mit 308 Köpfen, 350 ledig männliche und 316 ledig weibliche Personen, drei Witwer und 19 Witwen. Verzogen sind 37 Familien mit 308 Köpfen, 361 ledig männliche und 319 ledig weibliche Personen, ein Witwer und 15 Witwen. Im Monat Februar fanden 730 Heiratsfälle statt, und zwar sind umgezogen 171 Familien, 288 ledig männliche und 270 ledig weibliche Personen. Zur standesamtlichen Beurkundung kamen im Monat Februar 179 Geburten, und zwar 89 männlichen, 90 weiblichen Geschlechts, und 68 Sterbefälle, und zwar: 35 männlichen und 33 weiblichen Geschlechts.

Bamag-Meguin schließt seine Pforten. Die letzten Verhandlungen bezüglich einer eventuell zu vermeidenden Stilllegung der oberchlesischen Bamag-Meguin-Werke hatten zum Resultat, daß sich eine Stilllegung nicht umgehen läßt. Die Gerüchte vom Verkauf des Werkes an verschiedene Industriegruppen, der eine eventuelle Wiedereinstellung der jetzt brotlos werden Arbeiter bedeuten würde, sind sehr vorsichtig zu bewerten. Vorläufig steht fest, daß das Werk am 31. März geschlossen wird, und damit 420 Arbeiter und 80 Angestellte verdienstlos werden. — Das ist das wahre Gesicht der von den reformistischen Führern gepriesenen Rationalisierung.

## Unterschlagungen in der Sterbekasse des Eisenwerks Hermannshütte in Laband

Vor ungefähr sechs Jahren haben sich die Arbeiter dieses Betriebes eine Sterbeunterstützungskasse geschaffen. Regelmäßig werden monatlich jedem Belegschaftsmitglied 50 Pfg. vom Lohne abgezogen und dieser Kasse zugeführt. Die Kasse selbst wird vom gesamten Betriebsrat verwaltet. Nach unseren Erkundigungen soll aber die viermal im Jahre durchzuführende Revision dieser Kasse während dieser sechs Jahre fast gar nicht durchgeführt worden sein.

An der Unterschlagung beteiligt sind nach den Berichten des Betriebsratsmitglied Kneifel und der Angestellter Kololaus, beides stramme katholische Deutschnationale. Kneifel liegt sich auf der „Liste der Unorganisierten“, in Wirklichkeit „Liste der Wertgemeinschaft“, in den Betriebsrat wählen. Er ist ja auch als Wertgemeinschaftsleiter bekannt, da er regelmäßig die Zeitung der „Wertgemeinschaft“ in einigen hundert Exemplaren verteilt. Kneifel ist außerdem Schiedsman. Aufgabe der Kreisabgeordneten wird es sein, diesem Vurschen die Funktion abzunehmen.

Wie verlautet, sollen etwa 10 300 Mark unterschlagen worden sein. Die Kumpels verlangen nun von der Staatsanwaltschaft die Eintreibung der eingezahlten Gelder und Zurückzahlung, ist doch bekannt, daß die Staatsanwaltschaft bzw. Krankenkasse wegen 50 Pfg. zuviel erhaltenen Krankengeldes gerichtlich vorgeht. Den Kumpels aber sagen wir, daß die Gerichte nicht da sind, um den Arbeitern Recht zu sprechen, sie sind nur dazu da, um die Kapitalisten zu schützen. Sie versuchen dabei aber, sich einen Mantel umzuhängen, damit die Proleten diese Klassengerichtsbarkeit nicht kennen lernen.

Schuld an der Unterschlagung trägt aber der gesamte Betriebsrat, da er verantwortlich ist für die Führung und Kontrolle der Sterbekasse. Hierbei sind da nicht nur die Wertgemeinschaftler gemeint, sondern auch die auf der christlichen Liste gewählten Betriebsräte. Es hilft deshalb nichts, wenn die „Volksstimme“ und der christliche Gewerkschaftssekretär Gorkawski die Dinge nicht beim richtigen Namen nennen. Die Arbeiter wissen, daß die christlichen Betriebsräte genau solche Kapitalistenrechte sind wie die Wertgemeinschaftler, sind doch fast alle im „Stahlhelm“, ein Teil tritt sogar offen für die Wertgemeinschaftspolitiker der Pfaffen und Komfotoren ein.

Die Arbeiterschaft muß aus solchen Vorkommnissen Lehren ziehen. Rücksichtsloser Kampf gegen die Unternehmer, erbarmungslose Enttarnung aller treuen Knechte der Fabrikbesitzer und Direktoren. Es ist Zeit, auch in Laband wieder den freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband aufzurichten und für klassenbewußte Betriebsräte zu sorgen. Weg mit den Verrätern an der Arbeiterbewegung. Es gibt keine Gemeinschaft mit den Unternehmern. Die Arbeiter haben andere Interessen als die Kapitalisten.

Arbeiter! Schließt euch zusammen, ohne Unterschied der Konfession und sonstiger Meinungsverschiedenheiten in der klassenbewußten freien Gewerkschaft. Trete ein in die kommunistische Partei! Lest die „Arbeiter-Zeitung“!

## Hindenburg

### Beamten-Befoldungsschwindel bereift

Protest gegen die Anwesenheit der Polizei. — Der kommunistische Stadtrat gibt eine Erklärung ab. — Erhöhung der Unterstützungen für die Hilfsbedürftigen auf Antrag der Kommunisten beschlossen. — Die Befoldungsvorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die dieswöchentliche Sitzung des Hindenburgers Parlaments hatte folgenden Verlauf:

Stadtvorordneten vortrager Dr. Dopperstall eröffnet die Sitzung. Die kommunistische Fraktion protestiert gegen die Anwesenheit der Polizei und der Kriminalbeamten im „hohen“ Hause in der letzten Sitzung. Man solle Brot und Arbeit den Erwerbslosen geben, statt dem „sozialen Inhalt“ der Republik durch den Stimmlapp zu veräutern. Der Stadtvorordnetenvorsteher tat so, als wenn er von der Anwesenheit der Polizei nichts wüßte.

Oberbürgermeister Lutschek führt hierauf den zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Genossen Jendrosch in sein neues Amt ein und sagt hierbei unter anderem folgendes:

„Sie sind bereits vielfach im öffentlichen Leben an führender Stelle tätig gewesen, sei es im kommunalen Leben Hindenburgs, wie auch als Mitglied des Landtages. Wir erhoffen aus Ihnen in dieser Praxis erworbenen Erfahrungen nur Gutes und erhoffen weiterhin von Ihnen, daß Sie diese jederzeit zum Wohle der Stadt verwenden werden.“ Hierauf gibt Genosse Jendrosch folgende Erklärung ab: „Es bedarf wohl keiner besonderen Erklärung, daß mich auch die Befolgung dieser neuen Funktion in der Stadtverwaltung nicht hindern kann, meine Haltung zu ändern. Ich habe nur zu unterstreichen, daß ich nach wie vor es für meine Pflicht halte, mit Hilfe meiner politischen Freunde nur die Interessen der werktätigen Schichten zu vertreten. Daran dürfte das neidische Gemüß der anderen Parteien noch ihrer Presse etwas ändern. Daß die Regierung Monate zur Befähigung gebraucht hat, ist uns der beste Beweis dafür, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.“

Ferner erfolgt die Einführung des Stadtvorordneten Macha in sein Amt, da Herr Schneider vom Richteramt sein Mandat niederlegte.

Genosse Paris begründet den kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Unterstützungen für Armenfürsorge um 30 Prozent und die der Klein- und Sozialrentner um 15 Prozent. Herr Starra vom Zentrum richtet an den Magistrat die Anfrage, wie sich der Antrag finanziell auswirke. Nicht die Not und das Elend unter den Kreisen der Hilfsbedürftigen ist bestimmend für diese christliche Partei, sondern die Finanzlage. Gerade die Partei ist es, die im letzten Jahre als die führende im Magistrat Hunderttausende von Mark öffentlicher Gelder verputzte. Der Antrag wird angenommen.

Der nächste und letzte Punkt der Tagesordnung sieht die Neuordnung der Beamtenbefoldung vor. Die Parteien von rechts bis zur Sozialdemokratie hatten die Behandlung der Vorlage in gemeinsamer Sitzung beschlossen. Außer der Vorlage des Lohn- und Gehaltsauschusses lag noch eine Reihe neuer Änderungsanträge der bürgerlichen Parteien vor, die nur weitere Zulagen von mehreren hundert Mark für die oberen Beamten vorschlugen. Die kommunistische Fraktion brachte eine Vorlage ein, die den Heinen und mittleren Beamten ein Existenzminimum sichert, sei früher in den Genuß des Grundgehalts kommen lassen und ein Höchstgehalt bis 6000 Mark jährlich, ausschließlich Wohnungsgeld, festsetzen wollte. Die Magistratsvorlage sah Gehälter bis 24 000 Mark vor. Die Vorlage der

Kommunisten wurde gegen die Antragsteller abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. Änderungsanträge der Kommunisten, die eine bessere Gruppierung der untersten Beamten verlangten, wurden mit schwacher Mehrheit angenommen.

Der sozialdemokratische Stadtverordnete Ossowski wählte Opposition und sprach nicht für seine Fraktion, sondern für seine Person, da er in vielen Dingen von der Meinung seiner Fraktion abweiche. Statt seiner Meinung bei der Abstimmung Ausdruck zu geben, zog dieser Schlamiser vor, zu verschwinden. Das gleiche tat der christliche Gewerkschaftssekretär Starra, der ebenfalls verschwand. Die Zentrumsfraktion spaltete sich bei den Abstimmungen. Die Proleten in der Fraktion der Partei der Ballestreim, als Konfessionsgruppen, stimmten gegen ihre politischen Freunde. Und mit Recht, denn sie brachten den Antrag auf Gewährung einer Kostlosbeihilfe für die Kommunalarbeiter in der letzten Sitzung zu Fall. Dies müßte für die christlichen Arbeiter eine Lehre sein, dieser Partei den Rücken zu kehren und gemeinsam mit den Kommunisten gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Werkstätige, erscheint rektlos! Am Sonnabend, dem 17. März, nachmittags 5 Uhr, findet eine öffentliche Kundgebung statt. Sammelort auf dem Mittwoch-Marktplatz. — Um 7 Uhr abends Theater im Gemeindefeuerrestaurant Zaborze.

## Ratibor

Kommunistenfresser Wels entläßt einen KZB-Kameraden. In den Planierwerken wurden am Sonnabend sechs Marx entlassen. Darunter befindet sich auch der KZB-Kamerad Michna, der bereits ein Jahr dort beschäftigt war. Seine Entlassung bedeutet einen Verlust gegen die Vereinbarung mit der Direktion, wonach nur die Kündigungsstellen entlassen werden dürfen. Auf Veranlassung des Betriebsrates Nowal wurde erklärt, nach Ansicht des Bauführers Wasyl sei Michna „zur Arbeit unfähig“. Das hat man wohl erst jetzt, nach einem langen Jahre, gemerkt? Wenn Ansehen nach ist Michna nur deshalb entlassen worden, weil in ihm der Schreiber des Artikels vermutet wird, in welchem der Vorarbeiter Wels kritisiert wurde. Es ist der Wels, der einmal den Maurern sagte: „Nixonstly wohl, so was nauech robiest“ (Versuchte Dösen, ich werde euch das Arbeiten beibringen). Ein anderes Mal sagte er: „Nixonstly Kommunisten, owe sches a jebenost“ (Versuchte Kommunisten, aufhängen und erschrecken). Interessant ist, daß dieser Mensch Kassierer in seiner Gewerkschaft sein kann. Die Ablehnung wurden natürlich nicht entlassen. Die organisierte Arbeiterschaft fordert von der Direktion sofortige Wiedereinstellung des KZB-Kameraden Michna und der übrigen fünf Arbeiter.

Eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung fand am Dienstag im „Schiefen Hof“ statt. Es waren über 800 Personen anwesend. Kollege Popalla sprach über die Kartoffelangelegenheit. Danach ergriff der Bauführer des KZB, Kollege Blaja, das Wort zu einem Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage. Die Einberufung eines Reichserwerbslosentages wurde gefordert. Für die zu den Arbeiten nach Ottmachau vermittelten wurden 75 Pf. Stundenlohn verlangt. Die Ausführungen des Kameraden Blaja ernteten braujenden Beifall.

Aus den Charbonwerken. Ein Arbeiter schreibt uns: Unsere Belegschaft erkennt immer mehr, daß sie sich organisieren muß, um menschenwürdige Löhne zu erkämpfen. Früher waren 40 Prozent organisiert. Durch die Schuld des früheren sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Schmitz wurde der Verband heruntergewirtschaftet. Nun hat sich ein Kollege erneut für den Verband eingestellt. Eine größere Anzahl Arbeiter ist bereits beigetreten. Die anderen müssen folgen.

Aus dem Leben freiwillig geschieden ist der Gerichtsvollzieher Deghorst, indem er sich eine Kugel durch den Kopf jagte. Das Verhängnis ging mit großem Pomp und Trara von der Kirche aus vorstatten. Weicht ein armer Schinder Selbstmord, so müß seine Leiche in die Kirche nicht aufgenommen und am Haupte wie ein Hund begraben. Selbst die Selbstmörder werden in Klassen geteilt.



# Niederschlesien

## Görlitz

### Alles heraus zur Demonstration am Sonntag zu Ehren der Märzgefallenen

Anfretten 13.30 Uhr am Nikolagraben

#### Unterricht im Kommunisten-Einzuwerfen

Am 11. d. M. hielt die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes ihre Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Vorher ein großer Teil Mitglieder erschienen, die etwas über den neu einzureichenden Tarif hören wollten. Leider wurden alle sehr enttäuscht, als der Geschäftsführer Kollege M. erklärte, daß er, trotzdem dieser Punkt auf der Tagesordnung stehe, keine Auskunft geben könne, da die Arbeiter hierzu „noch nicht erledigt“ wären. (Wahrscheinlich mußte sich M. mit den von ihm so oft totgesagten Kommunisten beschäftigen und hat deshalb keine Zeit gehabt, den Bericht über den neuen Tarif zusammenzustellen.) In der Aussprache wandte sich Kollege V. dagegen, daß man nur immer die Angelegenheiten im Kreise der Angestellten erledige, ohne die Mitglieder, um deren Interesse es sich vor allen Dingen handle, zu befragen. Er streifte damit den letzten Verbandstag, der wohl als Verbandstag der Angestellten betrachtet werden könne, da auf demselben zwei Drittel der Anwesenden aus dem Angestelltenverhältnis waren. Bei diesen Ausführungen wurde Kollege N. mit wütendem Klingeln vom Kollegen M. begleitet. In der folgenden Erwiderung verfiel Kollege M. in seinen ironischen Kommunistentoller. Hieraus sprach ein Jugendkollege, der seine ihm aufgetragene Epistel herunterleierte. Kollege V. gab dies zu mit der Begründung, daß er damit den Jodel verfolgt habe, den er auch mit der heutigen Versammlung als erreicht betrachte. Bei SPD-Leuten werden allerdings die Überstunden als etwas Selbstverständliches betrachtet. Doch soll in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Wir haben einen sehr schönen Vortragsstoff in petto, den wir bei gegebener Gelegenheit vorweisen werden. — Dann trat als Komitè der Hauptkassenrevisor auf, der als Gast auf einer Durchreise anwesend war. Nach Vorführung von allerhand Kapriolen bekam auch er den roten Koller. Er erklärte, daß wenn er ein Vierteljahr hier wäre, er schon „austräumen würde“. Er demonstrierte, wie man Kommunisten aus dem Verband wirft. „Also, am Freitag gefaßt und rausgeschmissen, und das Buch hinterher, so dann ist Schluss.“ Doch wir raten dem feisten Gast, sich etwas vorzusehen, daß mit ihm nicht so verfahren wird, wie er es gern mit den Kommunisten machen will. Das Gesicht des Kollegen M. strahlte bei dieser Ausführung vor festem Entzücken.

Kolleginnen und Kollegen! Selten sind unsere Angestellten so offenherzig wie unser „lieber“ Hauptkassenrevisor nebst Geschäftsführer M. Die Kommunisten rausgeworfen! — Den Verband zerlegen! — Und den übrigen Mitgliedern wird vorgeschrieben: „Wir können nichts für euch unternehmen. Ihr müßt höhere Beiträge zahlen! Wir haben nichts in den Kassen! Die Kommunisten haben den Verband zerlegt!“

Kolleginnen und Kollegen! Reißt endlich den Schlaf aus den Augen und tretet ein in die kommunistische Partei, helft mit, diese Leute zum Teufel zu jagen! Laßt euch die Bevormundung nicht länger gefallen! Macht reinen Tisch mit solchen Fäulnisstücken, die den Verband zerlegen!

Anfälle! Auf der Brüderstraße wurde das sechs Jahre alte Mädchen des Schlossers Bohle von hier durch einen Radfahrer umgefahren. Durch den Sturz zog es sich eine ziemlich heftige Verletzung am Bein zu und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. — In einem Motorradfahrer zusammengefahren ist der Arbeiter Seiffert von der Luchstraße. Er kam von der Arbeit und fuhr mit seinem Rade. Beide Fahrer führten und zogen sich erhebliche Hautabwühlungen zu.

Einbruchdiebstahl. Diebe brachen in drei Gärten der Schreiberkolonie Kummerau ein. Sie schon wiederholt schreckt, hatten sie es auch hier wiederum auf die Felle abgesehen. Wahrscheinlich handelt es sich hier wiederum um dieselben Täter wie auf der Außenstraße, wo sie wie die Vandalen unter den Kaninchen gefaßt hatten. Auf der einen Stelle erbeuteten sie etwa zehn Tiere, die sie abstachen und das Fleisch kennehten. Auf den beiden anderen Stellen war ihr Tun vergeblich, da die Besitzer keine Kaninchen hatten. Es wird also notwendig sein, in den nächsten wieder Sachen zu stellen, und daß die Polizei ernstere Anstrengungen macht, um die Täter unerschütterlich zu machen, damit die Kaninchenbesitzer nicht um ihre mühevollen Arbeiten gebracht werden.

Mitteilungen! Alle Parteigenossen, KJB- und Jungfrontkameraden, KJB- und KJB-Mitglieder treten am Sonnabend 18.45 Uhr am Schützenhaus an. Abmarsch nach Deutsch-Ostlig 19 Uhr.

Schweres Straßenunglück. Auf der Straße Görlitz-Hermsdorf ereignete sich am Samstag ein schwerer Unfall. Das Pferd eines Hiesersmanns schaute, geriet eine Weile und rief davon. Der beladene Wagen geriet ins Schwanken und stürzte um. Die Frau des Hiesersmanns und der Geselle wurden herausgeschleudert. Eupere erlitt schwere Verletzungen. Der Sohn, der den Wagen führte, geriet beim Sturz unter den Wagen und erlitt einen schweren Oberschenkelbruch.

Zu dem tödlich verunglückten. Bei dem Versuch, einem Lastwagen mit einer Grubenlokomotive des Anfahrens zu erleichtern, wurde auf dem Zentralwerk der Braunkohlenbetriebsfabrik L. O. in Rüdtenberg bei Paganerwerda der 26-jährige Angehörige A. L. aus Leipzig zwischen Lokomotive und Lastwagen gequetscht. Er starb unter großen Schmerzen an den erlittenen schweren Verletzungen.

## Sagan

### Der glückliche „Alte“

Melodie: „Lobe den Herrn“

Herrgott die Fremde! Unser Vater  
Sich was nun nicht verloren.  
Die „Lohnerböschung“ ist jetzt da.  
Der Alte ist wie neugeboren.  
Im Denksäulchen der Stadt:  
Da ging's von Mund zu Mund:  
Er, der nur immer Gutes tat,  
Sang heimlich vor die Hunde.  
Sertungen kann ich der Ewig  
ne Lohnerböschung, ja, wir wagen's.  
Bestimmt ist Lohnerböschung!  
Ein Pfälzchen — für Papas Roger.  
Der Magistrat sich wond und trümmert:  
„Ach, endlich! So, wie tut das weh!“  
Die Hand mit Hoch und dafür wimmte  
Das Hörtchen von der SPD.  
Der „Alte“ hat die schmeichelnde Güte:  
„Lieber Gott, ich danke dir,  
Hab zum Dank ich einmal ferde  
Affnen vom Bergschlag-Dier.“  
Aufhat jetzt die ganze Stadt,  
Sich die den „Alten“ wieder hat.  
Som Streit-Katzen ist er gewesen.  
Best: was Gott — es wird so ihm gescheh.

Zusätzliche Erziehungsmethoden in der Jambillergasse. In recht eigenartiger Weise behandelt der Lehrer Schwert die Fortbildungsschüler. Der Erzieher hat ihnen eine große Rolle...

Bei jedem Anlaß schlägt er damit drauflos. So hat er jetzt einen Schüler arbeitsunfähig gepörrt, indem er ihn derartig mit dem Rohrstock schlug, daß dem Schüler die ganze Hand anschwellte, er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte und nicht in der Lage ist, seiner Arbeit nachzugehen. Nicht selten beittelt Schwertge die Schüler mit Namen wie Idioten usw. Bögen, lassen, an den Daaren ziehen und mit dem Kopf auf den Tisch aufschlagen, das sind so die hauptsächlichsten Mittel, die Herr Schwertge zum Unterricht benötigt. Doch gehört neben diesen Dingen auch noch die politische Beeinflussung zum Bestandteil der Schwertgeschen Erziehungsweise. In einer der letzten Stunden „unterrichtete“ er über die Revolution. Dabei ließ er durchblicken, daß ihm diese Republik gar nicht gefalle. Nicht etwa deshalb, weil sie ihm zu totalitär ist, sondern weil der Herr Schwertge den „Kaiser“ so lieb hat, der durchaus nicht etwa die Flucht ergriffen hat, nein, der vom „Volke“ gestürzt worden ist. (Das böse Volk.) Und erst die russischen Bolschewiki, die sind ja noch schlimmer, dafür aber haben sie nun die längste Zeit regiert und werden bald einer ordnungsmäßigen Regierung weichen müssen. Einige Schüler meinten, daß er sich in diesem Punkte sicher irre. Darüber wurde Herr Schwertge sehr ungemütlich. Wir fragen hiermit bei den Aufsichtsbehörden an: Sind diese mit der Erziehungsweise des Herrn Schwertge einverstanden? Sind die Aufsichtsbehörden bereit, das Treiben des Herrn Schwertge zu unterbinden? Die Eltern der Schüler werden gut tun, sich Herrn Schwertge etwas genauer anzusehen und energisch dagegen zu protestieren, ihre Kinder in solche „Obhut“ zu geben.

## Wasseln

zur Märzfeier am Sonnabend, dem 24. März. Um 18 Uhr Platzkonzert und Ansprache auf dem Kornmarkt. Um 20 Uhr im Volkshaus Märzfeier. Programm: Musik, Rezitation, Ansprache, Theateraufführung, Gruppenbilder und Gesang. Wir fordern die Saganer Arbeiterschaft auf, sich reiflich an Kundgebung und Saalveranstaltung zu beteiligen.

## Neusatz

Einverwirrende Bücher. Der Geistliche eines Dörfchens hatte seinen Pfarrkindern von der Kanzel herab die Augen über die „Verderbnis der Schulndliteratur“ geöffnet. Seine Mahnung klang in den Worten aus, ihm alle jene Bücher und Schriften, die das Herz verderben und die Sinne verwirren, zur Vernichtung auszubringen. Der Erfolg der Predigt überstieg alle Erwartungen, denn am nächsten Tage sprach bei dem Pfarrer ein Bauer vor und überreichte sein eigenes Steuerbuch und die Steuerbücher seiner Nachbarn mit dem Bemerkten, daß diese Bücher ihnen am meisten die Sinne verwirren.

## Grünberg

### Kadruj

Schnell und unerwartet starb unser Kamerad und Parteigenosse Gotthold Kühn. Wir verlieren in ihm einen Kämpfer, der treu zur Fahne gestanden hat. Sein Eifer und seine Arbeitsfreudigkeit für die Rote Front waren vorbildlich. Wir werden ihn nicht vergessen.

Die älteste Einwohnerin gestorben. Im städtischen Altersheim ist die älteste Einwohnerin des Kreises und der Stadt Grünberg, die Witwe Elisabeth Tischler, im Alter von 91 Jahren gestorben.

Anfall einer Feuerwehre. Als die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehre Dreißchen vom Städtischen der Gismannischen Fabrikfeuerwehre nach Hause fahren, stürzte an einem Bergabhang der Wagen um, wobei sich mehrere Feuerwehrleute erhebliche Verletzungen zuzogen.

Anfälle und Feuer. Beim Holzfahren stürzte ein Kutscher des Gutes Klein-Heinersdorf vom Wagen und zog sich dabei einen Schädelbruch zu. Auf dem Transport zum Krankenhaus ist der Verunglückte gestorben. — In Schlambendorf brannten Wohnhaus, Stall und Scheune des Landwirts Koad und Bohnhaus und Scheune des Landwirts Poil nieder.

## Glogau

Das Stadttheater schließt seine Pforten. Die Schwierigkeiten mit dem hiesigen Stadttheater sind so groß geworden, daß gegenwärtig keine sofortige Schließung erwogen wird. Von anderer Seite wird vorgeschlagen, nochmals den Versuch zu machen, das Theater die drei Wochen bis zu dem jeweils als Schlusstermin vorgezeichneten Tage offen zu halten. Gelingen das nicht, müßten die an ihm beschäftigten Künstler ohne ihre letzte Wage Glogau verlassen.

## Hagnau

Eine gefasste Zänle der Papierfabrik. Wer kennt nicht den Jochbüchsenarbeiter Parthel, der zu Entlassungen und Einstellungen kein lazes Wort gab, der Leute vom Stahlhelm und Deutschen Turnerverein bevorzugte und Rote Frontkämpfer und Kommunisten bei der Betriebsleitung answärzte, der fast sämtliche Termine auf dem Gewerbe- und Arbeitsgericht im Auftrage der Fabrikleitung vertrat? Dieser keine „Vertrauensmann“ der Firma hat es eben nicht verstanden, seine Lohndrücker in Ordnung zu halten. Wie schon gesagt, es hat nicht geklappt und er ist bis auf weiteres kraftlos. Allen Arbeitern nach wird er am 1. April seinen Karren abgeben. Die Arbeiter der Papierfabrik werden ihm keine Träne nachweinen.

Aus der Bewegung. Am Sonntag fährt die Ortsgruppe Hagnau des Roten Frontkämpferbundes geschlossen zur Kranzniederlegung am Grabe der felen während des Rado-Futurges gefallenen Arbeiter nach Giegnitz. Die Genossen der Partei, Rote-Hilfs-Mitglieder sowie Zeitungsetzer und Freunde können teilnehmen. Die Radfahrer Punkt 8 Uhr bei Schreiber antreten. Die Bahnfahrer Punkt 8 Uhr an der Pöbn. Erscheinungspunkt: Röglicht in Bundesleitung!

## Bunzlau

### Eine Frau mit einem Beil ermordet

Am Donnerstag früh wurde die Ehefrau des Stellmachers Schnieber, die in der Nacht von einer Geburtstagsfeier zurückgekehrt war, in ihrer Wohnung in Benzig-Walditz ermordet aufgefunden. Ihr ist der Kopf mit einem Beil eingeschlagen worden. Die Tat wurde von den beiden drei und sechs Jahre alten Kindern der mordeten entbedt. Der Ehemann der Frau Schnieber liegt schwer krank in einer Klinik. Die Nordkommission und Vertreter der Regierung aus Piesitz trafen gestern in Benzig-Walditz ein. Ueber die Täterhaft herrscht noch völliges Dunkel.

## Liegnitz

Rangen Sonntag am 10 Uhr vormittags Antreten zur Märzgefallenenfeier am dem Friedrichsplatz. Liegnitzer Arbeiter, erscheint reiflich!

Die Verurteilung verurteilt. In der Nacht zum Freitag wurde um 1 Uhr im Piesitzer Brandstiftungsprozess das Urteil verurteilt. Die Verurteilung des Stellenbesetzers Kurt Piesitz wurde verworfen. Sonntag war in den Jahren 1925 und 1926 durch schwere Brände heimgesucht worden. Piesitz war damals wegen vorläufiger Brandstiftung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte Bestätigung erlangt, die nun verworfen wurde. Der Antrag der Landwehr zu der Verurteilung war außerordentlich hart.

## Aus dem Riesengebirge

Verurteilung Majors von Müller in Girschberg. Die Familie des Majors v. Müller, die in Berlin wieder verhaftet worden war, ist in das Girschberger Untersuchungs-

gefängnis eingeliefert worden. Die Familie, bestehend aus dem früheren Major von Müller, seiner Frau und seinem erwachsenen Sohne, war bekanntlich vor etwa einem halben Jahre in Schreibe r h a u verhaftet worden, weil sie in Bad Hilsberg größere Logis-schuld belegen verübt hatte. Dabei sollte es sich heraus, daß die Familie auch viele Hotelwirts und Geschäftsteile in Girschberg betrogen hatte. Immer mehr Verurteilungen der Majorsfamilie, begangen in fast allen größeren Städten und Fremdenverkehrsorten Deutschlands, wurden bekannt, ebenso, daß schon mehrere andere Staatsanwaltschaften ein sehr lebhaftes Interesse für die Majorsfamilie zeigten. Nachdem die ersten Ermittlungen abgeschlossen waren, wurden zunächst die Frau und der Sohn aus der Untersuchungshaft entlassen. Vor Weihnachten erhielt auch der Major selbst vom Untersuchungsrichter zur Regelung seiner Angelegenheiten Urlaub, und zwar gegen sein „Ehrenwort“, daß er sich dann wieder selbst dem Gericht stellen wolle. Der Herr Major hatte aber sein „Ehrenwort“ so gehalten, daß er freiwillig nicht zurückkam, sondern mit seiner Familie neue Verurteilungen verübte. Die Familie wurde nunmehr durch die Berliner Kriminalpolizei abermals verhaftet und nach Girschberg eingeliefert. Die Verhandlung gegen den Major dürfte sich jedenfalls vor dem Girschberger Gericht abspielen, da die hiesigen Gerichtsbehörden mit der Verfolgung der Sache betraut worden sind. Ein großer Betrugsprozess steht daher für Girschberg wieder in Aussicht.

Mit 72 Jahren ins Zuchthaus. Das Girschberger Schwurgericht verurteilte den Landwirtskassensarbeiter Hoffmann aus Pommich, der das Wohnhaus des Rittergutsbesitzers Krieger in Pommich aus Verzweiflung anzuzünden suchte, zu einem Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft. Stiftungsfest des KJB. Petersdorf. Am Sonntag fand das vierte Stiftungsfest des Roten Frontkämpferbundes im „Gerichtshaus“ statt. Der Saal war voll besetzt. 300 Personen waren anwesend. Vorranglich war die Bühnenfront mit einem fünf Meter langen roten Tuch, das mit Werbeschriften für die Rote Jungfront versehen war, ausgeschmückt. Zuerst wurde das Theaterstück „Opfer des Klassenkampfes“ aufgeführt. Hieraus folgte die Ansprache des Kameraden Eude, der in trefflichen Worten den Aufbau und die Ziele des KJB sowie der KJB schilderte und die anwesende Arbeiterschaft aufforderte, mit der Roten Front, Hand in Hand mit der SPD, die proletarische Revolution zum Siege zu führen. Dann folgte das Stück „Zum Tode verurteilt“, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Für die KJB wurde ein Orden verliehen. So war auch dieses Fest wieder ein Beweis, daß bei dem Petersdorfer Proletariat das Klassenbewußtsein wieder erwacht. Wir sagen hiermit gleichgültig den Petersdorfer Geschäftsleuten für die uns zur Verleihung gespendeten Preise sowie den Kameraden, welche dieselben sammelten, unseren besten Dank.

Beuermann will sogar! Am Montag war hier die erste öffentliche Wahlversammlung, einberufen von der Deutschen Volkspartei. 26 Mann mit dem Landtagsabgeordneten L e u e r m a n n waren in der „Deutschen Krone“ anwesend. Beuermann klagte bitter sein Leid über das „liebe deutsche Vaterland“, „wo nicht das Recht, sondern die Macht regiert“. Und wer hat die Macht? Doch noch immer die Großkapitalisten, deren Vertreter Sie, Herr Beuermann, doch sind! Der Redner behauptete weiterhin, daß der Marxismus „schon überholt“ sei. In der Diskussion machte Genosse Esser die Anwesenden auf Sowjetrußland aufmerksam, wo das Volk auch ohne Fürsten und Kapitalisten leben kann und 25 Prozent aller Bauern von den Steuern befreit sind. Aber das wollen die Herren nicht wissen, denn in Deutschland fragt die Regierung nicht danach, ob die Kleinbauern zahlen können oder nicht. Da wird einfach das letzte Pfändel. Im Schlusswort „widerlegte“ Beuermann mit einigen Phrasen dem Genossen Esser alles. Er „riet“ ihm, er solle doch nach Rußland machen, worauf Genosse Esser den Antrag stellte, doch gleich die Reisekosten zu bewilligen, da er sehr gern nach Rußland machen würde. Herr Beuermann sagte zu. Ob er's halten wird?

## Mittelschlesien

### Im Hofraum dem Schnee und der Kälte ausgelegt

Am Ende der vergangenen Woche ereignete sich in Dels ein skandalöser Vorfall, der scharfe Verurteilung verdient. Eine im Erdgeschoss des Hinterhauses wohnende vierköpfige Arbeiterfamilie, die als Wohn-, Schlaf- und Küchenräume insgesamt zwei kleine Stuben innehat, wurde auf Veranlassung des Hauswirts, des Geschäftsinhabers Paschel, am Nachmittag plötzlich aus der Wohnung (wenn man die Räume als eine solche überhaupt ansprechen kann) gewiesen und sämtliche Möbel und sonstige Haus- und Küchengeräte in den Hof gestellt. Also sollte die Familie im Freien, in Schnee und Eis, kampieren. Alle behördlichen Stellen wurden angerufen, aber nirgends mit Erfolg. Die Polizei erklärte, für diesen Uebergriff des Hauswirts nicht zuständig zu sein, da die Möbel nicht auf der Straße liegen (!!) und als alles nichts half, blieb der Familie nichts weiter übrig, als zum Mittel der Selbsthilfe zu greifen. Man verschaffte sich Eingang zur Wohnung und hatte dadurch Gelegenheit, wenigstens unter Dach übernachtet zu können. Heute ist die Geschichte endlich nach viele Bemühungen soweit erledigt, daß die Familie vorläufig in der Wohnung bleiben kann, bis die Stadt eine entsprechende Ersatzwohnung zur Verfügung hat.

### Neue Bahnlinie

Der Verkehrsanschluss des Reichstags nahm folgenden Antrag an: Die Reichsregierung wird ersucht, zur Hebung des Verkehrs im Osten den Bau nachstehender Eisenbahnlücken schleunigst in Angriff zu nehmen: 1. Brieg—Kambsau—Groß-Bartenberg—Krummellwalde; 2. Frankfurt—Guhrau—Herrn-Radt.

Schwoitsch. Kameradschaftsfest des KJB. Sonnabend findet ein Kameradschaftsfest der Ortsgruppe Schwowitz des KJB im Lokal von J a p p e statt. Es werden alle Kameraden der umliegenden Ortsgruppen eingeladen. Einlaß 19 Uhr.

Deutsch-Lissa. Ein Gehilfe der Polizei. Der hiesige sozialdemokratische Zimmerer Dollin hat, wie aus einem Inserat ersichtlich, einen Fleischermeister von hier deswegen zur Anzeige gebracht, weil dieser über die Geschäftszeit hinaus Arbeitern Ware verkauft hat. Diese Tat ist so unfair, als gerade Dollin dem Fleischermeister viel zu verdanken hat.

Brodan. Oeffentliche Versammlung. Sonnabend 19.30 Uhr im „Alder“, Bahnhofsstr., öffentliche KJB-Versammlung. Referent Kamerad Robens-Breslau. Arbeiter, erscheint zahlreich!

Opelan. Als in Sonntag ein fünfjähriger Knabe die Straße überqueren wollte, wurde er von einem Motorradfahrer umgerissen, wobei er so schwere Kopfverletzungen davontrug, daß er daran starb. Der Motorradfahrer erlitt gleichfalls Verletzungen.

Brieg. Unerhörte Beleidigungen. Das sozialdemokratische Mätchen beleidigt in einer der letzten Nummern die hiesigen KJB-Kameraden in unerhörter Weise. Es bezeichnet sie sämtlich als „anerkannten Bruch“. Daneben macht es einige mehr als dumme Bemerkungen über die Beteiligung des KJB an der Märzgefallenenfeier. Unsere Kameraden, die mehr Sauberkeitsgefühl haben als der Lump, der diesen Artikel zusammengeschmirt hat und zu seiner ist, mit seinem Namen dafür einzusetzen, lehnen es aber ab, auf das gleiche Niveau hinunterzusinken. Sie prangern nun diese gemeinen Beleidigungen herlicher Arbeiter an und überlassen die vernünftigen sozialdemokratischen Arbeiter das Urteil, wie eine solche schamlose Kampfesweise zu bemerken ist!

Wümpberg. Aus der Bewegung. Heute Sonnabend um 20 Uhr öffentliche Versammlung der Partei. — Anlässlich des Märzgebots der Roten Jungfront veranstaltet der Rote Frontkämpferbund am Sonntag, den 25. März, einen Kerbetag. Das Programm: 11—12 Ringkonzert; 13.30 Uhr Antreten zum Umzug durch die Stadt (Kommando); 17 Uhr Verantwortung im „Schneehaus“ mit Tanz. Zahlreicher Besuch, auch von auswärtigen, erwartet.